

PASST DAS?

Die Wiedervereinigung
Deutschlands hat uns mehr
geteilt, als uns lieb ist.

Thomas Fischer
**Strafen und
Populismus**

INTERVIEW / 26



Zukunft Mobilität
**Smart City
Kopenhagen**

PORTRÄT / 38

Klimaschutz
**Innovationen
statt Verbote**

ANALYSE / 41



Grenzen überwinden

KARL-HEINZ PAQUÉ, Herausgeber und Vorsitzender des Vorstands
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Liebe Leserinnen und Leser

Feiert Deutschland die falschen Feste? So fragte *Die Zeit* in einem Debattenbeitrag zum Tag der Deutschen Einheit 2019. Statt des 3. Oktobers sollten wir den 9. Oktober, den Tag der Friedlichen Revolution, feiern, schlug dort die ehemalige Bürgerrechtlerin Kathrin Mahler Walther vor. Dieser stifte Identität für die Ostdeutschen, jedenfalls mehr als die Einheit selbst.

Darüber lässt sich natürlich streiten. Aber allein der Vorschlag selbst zeigt, dass das wiedervereinigte Deutschland auch 30 Jahre nach dem Mauerfall sich nicht wirklich gefunden hat. Die Gründe dafür sind so zahlreich wie vielschichtig: Wirtschaftlich hinkt - trotz aller Fortschritte - der Osten noch immer hinter dem Westen her; die jahrelange Abwanderung aus ländlichen Räumen hat Selbstvertrauen gekostet; der Fachkräftemangel verdüstert die Aussichten, denn er trifft den Osten besonders hart. All dies wird von Rechtspopulisten ausgenutzt. Sie erzielen Wahlerfolge in den neuen Ländern, mit Zustimmungsraten von über 20 Prozent.

Also gar kein Grund zum Feiern zur Jahreswende 2019/20, 30 Jahre nach Mauerfall und Wiedervereinigung? Ist die Deutsche Einheit gar gescheitert? Die Antwort ist ein klares Nein, sie ist nicht gescheitert. Allerdings hat sich das Zusammenführen zweier Landesteile, die 40 Jahre in unterschiedlichen Systemen lebten, als viel schwieriger erwiesen, als die meisten von uns in der Euphorie vor 30 Jahren erwarteten. Es ist in jeder Hinsicht ein komplexer Prozess: wirtschaftlich, politisch und vor allem psychologisch. Was wir erreicht haben, ist eine große Leistung, wie uns gerade ausländische Beobachter

bestätigen. Darauf können wir stolz sein. Zu oft wird vergessen, dass die Wiedervereinigung kein Blitzlicht-Moment, sondern ein langwieriger sozialer Prozess ist und weiter bleibt - genauso übrigens wie das Zusammenwachsen von Europa über den früheren Eisernen Vorhang hinweg. Auch da gibt es viele Holprigkeiten und Missverständnisse.

Diese **Liberal** liefert eine Bestandsaufnahme des wiedervereinigten Deutschland anno 2019/20. Wir werfen einen Blick auf die aktuelle Situation: Wie hat sich unsere Gesellschaft entwickelt, und wo steuert sie hin? Wie gestaltet man vor Ort Kommunalpolitik in einem Umfeld, das 40 Jahre lang diktatorisch regiert wurde? Was können wir aus der Geschichte des Kalten Krieges für unsere heutige Zeit lernen? Diesen Fragen gehen der Politikwissenschaftler Tilman Mayer, die Bürgermeisterin Anita Maaß und der ehemalige Berater Helmut Kohls, Horst Teltschik, auf den Grund.

Freuen Sie sich außerdem auf Beiträge von und mit dem Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Johannes Tuchel, der Vorsitzenden der Jungen Liberalen, Ria Schröder, sowie dem Strafrechtler Thomas Fischer. Wir blicken hinter die Kulissen des großartigen Jugendtheaters Piccolo in Cottbus und beobachten die politische Situation in Kroatien, das im ersten Halbjahr 2020 die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen wird. Begleiten Sie uns durch eine Ausgabe der **Liberal**, die das Jubiläumsjahr der Wiedervereinigung einläuten sowie die Herausforderungen und Potenziale im Einheitsprozess aufzeigen soll.

Its
Karl-Heinz Paqué

Inhalt 01.2020

3 Editorial

6 In Kürze

Meldungen & Berichte

Thema

10 Wir sind ein Volk

30 Jahre nach dem Mauerfall bleibt der gemeinsame Weg von Ost und West beschwerlich.

von *Tilman Mayer*

13 Was uns die Geschichte lehrt

Was können wir aus dem historischen Einigungsprozess für die Zukunft lernen?

Interview mit *Horst Teltschik*

14 Das politische Phänomen

Dem Osten wurde nie richtig zugehört, deshalb wurde er nie richtig verstanden.

von *Constantin Eckner und Martin Thoma*

18 Kommunale Politik in den neuen Ländern

Die Bürgermeisterin von Lommatzsch erklärt, warum ihre Biografie den eigenen Politikstil prägt.

Interview mit *Anita Maaß*

20 Magdeburger Domgymnasium

Eine traditionsreiche Schule erfindet sich in den Wirren der Wendezeit neu.

von *Kira Brück*

Gesellschaft

22 Die Furcht in uns

Warum greift die Angst in unserer Gesellschaft um sich?

von *Thomas Volkmann*

25 Wählen ab 16

Junge Menschen verdienen mehr demokratische Mitbestimmung.

von *Ria Schröder*

26 Rechtsstaat

Über die Bedeutung von Strafprozessen für die Demokratie.

Interview mit *Thomas Fischer*

28 Endstation Görlitzer Park

Gut ausgebildete junge Männer haben in Deutschland ihr Glück gesucht

von *Mor Talla Gaye und Daouda Mine*

30 Fotostrecke

Die Nachwendezeit im Alltagsleben.

von *Daniel Biskup*

34 Sicherheitspolitik

Deutschlands passive Haltung in internationalen Konflikten ist unmoralisch.

von *Wolfgang Gerhardt*

36 Kolumne SLS

Wir brauchen eine neue Sensibilität für rechte Gewalt.

von *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger*

Wirtschaft

38 Kopenhagen

Die dänische Hauptstadt wird zur ersten Smart City in Europa.

von *André Lehmann*





„Die junge Generation macht mir Hoffnung“

CORNELIA SCHMALZ-JACOBSEN IM INTERVIEW / 52



FOTOS: DANIEL BISKUP, ANSONMIAO/GETTY IMAGES, THOMAS KOEHLER/PHOTOTEK.NET, ROBERT SAMUEL HANSON, BERNARD BENANT

41 Klimaschutz

Verbote werden das Klima nicht retten – Innovationen sind der richtige Weg.

von *Thomas Straubhaar*

44 Sunfire

Ein Dresdner Start-up entwickelt klimaneutrale Kraftstoffe.

von *Peter Hein*

46 Staatskapitalismus

Lehren aus dem Systemwettbewerb mit China.

von *Timo Bremer*

49 Marktplatz

Deutschland diskutiert über die Vermögenssteuer – zu Recht?

von *Karen Horn*

50 Kolumne PQ

Handwerkliche Mängel im Klimapaket.

von *Karl-Heinz Paqué*

61 Forum de Saint-Louis

Multiplikatoren aus Politik, Wirtschaft und Kultur diskutieren über neue Perspektiven für Afrika.

62 Awa Ly

Eine französisch-senegalesische Sängerin begeistert mit ihren Songs – und politischen Statements.

von *Karen Horn*

64 Fundstück

1966 legt Hans-Dietrich Genscher in einer historischen Rede die Grundlagen für die neue Ostpolitik.

von *Jürgen Frölich*

66 Standort

30 Jahre nach dem Mauerfall sorgen zwei neue Bücher zur Deutschen Einheit für Gesprächsstoff.

von *Karl-Heinz Paqué*

67 Mediencheck

Neuigkeiten aus Kunst & Kultur.

68 Update

Professionelle Distanz ist die höchste Tugend unabhängiger Medien.

von *Michael Hirz*

Kultur

52 Zivilcourage

Warum der moralische Kompass unerlässlich ist.

Interview mit Cornelia Schmalz-Jacobsen

56 Piccolo Theater

Ein Jugendtheater in Cottbus vermittelt demokratische Grundwerte. Die AfD stört sich daran.

von *Kira Brück*

58 Erinnerungskultur

Wie die Neue Rechte versucht, den Widerstand gegen den Nationalsozialismus für sich zu vereinnahmen.

Interview mit Johannes Tüchel

69 Vor Ort

Kroatien vor der EU-Ratspräsidentschaft.

von *Thomas Roser*

72 Termine

Veranstaltungen der Friedrich-Naumann-Stiftung im Überblick.

73 Impressum

74 1:10

Zehn Fragen an Gyde Jensen.

Interview mit dem Soziologen Klaus Hurrelmann

Warum wählen junge Leute die AfD?

Klaus Hurrelmann ist einer der bekanntesten Bildungsforscher Deutschlands. Seit 2009 ist er Inhaber des Lehrstuhls für „Public Health and Education“ an der Hertie School of Governance. Im Interview spricht er über den Erfolg der AfD unter jungen Menschen bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen - und ob wir bei künftigen Wahlen in westdeutschen Bundesländern mit ähnlichen Ergebnissen rechnen müssen.

Bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen wählten überraschend viele junge Menschen die AfD. Wie ist es dazu gekommen?

Die AfD hat im Wahlkampf Themen angesprochen, die für junge Leute von besonderer Bedeutung sind, beispielsweise wirtschaftliche und soziale Ängste. Recherchen zeigen, dass es mehrheitlich junge Männer sind, die sich ob ihrer beruflichen und sozialen Perspektive unsicher fühlen. Hier liegt also ein inhaltlicher Schwerpunkt der jungen Wähler, die sich bei den Wahlen entsprechend geäußert haben: die Unsicherheit des Arbeitsplatzes und der Lebenssituation und somit auch das allgemeine Lebensgefühl.

Ist der starke Zuspruch für rechtspopulistische Positionen ein ostdeutsches Problem oder werden wir auch in westdeutschen Bundesländern künftig starke Wahlergebnisse der AfD unter jungen Menschen erwarten müssen?

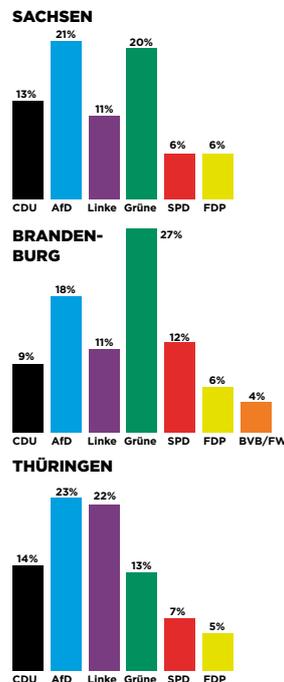
Darauf müssen wir uns einrichten. Das beschriebene Wahlverhalten ist kein spezifisch ostdeutsches Phänomen. Im Westen existieren ähnliche Ausgangskonstellationen: Angst vor

dem wirtschaftlichen und sozialen Abstieg; Sorge, die Nachbarschaft könne sich verändern und man fühle sich dort nicht mehr wohl. Das sind auch unter jungen Wählern in westdeutschen Bundesländern wichtige Themen.

CDU und SPD werden von älteren Menschen gewählt. Junge Wähler stimmen für AfD und Grüne. Sind sie die Volksparteien der Zukunft? Können die anderen Parteien junge Wählergruppen noch erreichen?

Ja, das können sie. Grüne und AfD sprechen Themen an, die für junge Leute von großer Bedeutung sind. Daran müssen sich andere Parteien orientieren und urdemokratisch ermitteln, welche thematischen Präferenzen und Interessen ihre potenziellen Wähler haben. Junge Menschen möchten wissen, was sie wählen; sie möchten ein klares Programm sehen. Die Grünen werden als Partei für Klimaschutz wahrgenommen, die AfD als Partei für öffentliche und soziale Sicherheit. Das sind die beiden meistdiskutierten Themen der aktuellen gesellschaftlichen Debatte. Die Positionen der anderen Parteien bleiben unklar. Sie müssen thematische Schwerpunkte suchen, mit denen sie die jungen Leute ebenfalls erreichen können. Einen weiteren Vorteil, den Grüne und AfD auf ihrer Seite haben, ist ihr Anschluss an Bewegungen, der einer Partei einen besonderen Dreh geben kann.

KLAUS HURRELMANN
ist Professor für Public Health and Education an der Hertie School of Governance und Leiter der Shell-Jugendstudie.



WAHLVERHALTEN DER JUGEND IN OSTDEUTSCHLAND 2019

Wahlverhalten der 16- bis 24-Jährigen bei den Landtagswahlen in Brandenburg und der 18- bis 24-Jährigen in Sachsen und Thüringen





Vor 70 Jahren

Theodor Heuss erstmals zum Bundespräsidenten gewählt

Ein Liberaler an der Spitze eines deutschen Nationalstaats, das hatte es noch nicht gegeben. Dass es 1949 dazu kommen würde, war den Kräfteverhältnissen in der neu gegründeten Bundesrepublik auch nicht anzusehen: Die Freien Demokraten lagen fast 20 Prozentpunkte hinter der Union und 17 Prozentpunkte hinter der SPD. Doch Theodor Heuss hatte sich im Parlamentarischen Rat als geschickter Vermittler zwischen den großen Blöcken gezeigt.

Gegenkandidat war Kurt Schumacher (SPD). In der Bundesversammlung erreichte Heuss am 12. September 1949 im zweiten Wahlgang mit knapp 52 Prozent die vorgeschriebene absolute Mehrheit. Er füllte das Präsidentenamt rasch mit Form und Leben. Breite Bildung und Redetalent kamen ihm zustatten. Sein Einfluss auf die Herausbildung einer freiheitlich-pluralistischen politischen Kultur in Deutschland ist kaum zu überschätzen.

5,5%

DIE EEG-UGLAGE WIRD 2020 UM 5,5 PROZENT STEIGEN. DEUTSCHLAND IST EINES DER LÄNDER MIT DEN HÖCHSTEN STROMPREISEN EUROPAS. DAS BELASTET UNSERE INNOVATIONS- UND WETTBEWERBS-FÄHIGKEIT.

Der deutsche Strommix setzt sich größtenteils aus fossilen und erneuerbaren Energiequellen zusammen. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) soll die Einspeisung von erneuerbaren Energien in das Stromnetz fördern, führt aber zu hohen Strompreisen. Das belastet private Haushalte und Unternehmen mit hohen Kosten. Strom ist aktuell nicht konkurrenzfähig für die Wärmeerzeugung und den Verkehr.

„Wir Europäer verkennen die kulturelle Vielfalt, den Optimismus und die Kreativität, die in Afrika herrschen.“

OSCAR-PREISTRÄGER VOLKER SCHLÖNDORFF AUF DEM FORUM DE SAINT-LOUIS 2019

Wie zeigt sich das?

Sie werden nicht mehr nur als bürokratische Großorganisation wahrgenommen, sondern von einer Basisbewegung gestützt. Der Partei bringt dieser Anschluss ungeheure Aktivität, die sich an der gestiegenen Wahlbeteiligung ablesen lässt. CDU und SPD fehlt eine solche Basisbewegung. Auch darüber müssen die Parteispitzen nachdenken: Gibt es Möglichkeiten, eine Bewegungskomponente - beispielsweise zum Thema „soziale Ungerechtigkeit“ - zu aktivieren? Solche Aktivitäten sind es, die Parteien ein Gesicht geben - immer in Korrespondenz mit den aus der Forschung zu ermittelnden Präferenzen der Menschen unter 30. So können Parteien deutlich machen, dass sie sich für junge Generationen interessieren und auf sie angewiesen sind. Schließlich spielen auch die Kommunikationskanäle eine zentrale Rolle: Die AfD hat eine der modernsten Kommunikationsstrukturen überhaupt. Sehr digital, sehr schnell. Davon müssen die anderen Parteien lernen. Die traditionellen Parteien äußern - zu Recht - ständig Bedenken über das nationalsozialistische Gedankengut in der AfD. Die jungen Leute äußern diese Bedenken jedoch nicht.

Und das ist ein großes Problem: Das nationalsozialistische Gedankengut wird in der AfD teils offen vertreten. Auch die Verbindung zu rechtsextremen Netzwerken sind bekannt. Wenn junge Menschen diese Tatsachen nicht in den Vordergrund ihrer Wahlentscheidung stellen, hat dann unser Bildungssystem nicht versagt?

Tatsächlich scheint dieser nationalsozialistisch-autoritäre Zug der AfD viele junge Leute nicht abzuschrecken. Sie nehmen es bewusst in Kauf. Ja, da klingeln auch bei mir als pädagogischem Beobachter alle Alarmglocken. Wenn die Tragweite solcher Positionen jungen Leuten nicht klar ist und das Gefühl dafür fehlt, dass demokratisch erarbeitete Strukturen in Gefahr geraten können, haben wir ein großes Problem. Hier stehen wir vor einer immensen Herausforderung für die öffentliche und schulische Informationsarbeit. Demokratie vorleben, trainieren und umsetzen: In allen diesen Bereichen müssen wir aktiver werden. ■

In Kürze



„Liberalismus heißt leben und leben lassen“

HANÈNE ZBISS, Gewinnerin des Raif Badawi Award for courageous journalists.

Die tunesische Investigativjournalistin Hanène Zbiss wurde auf der Frankfurter Buchmesse mit dem Raif Badawi Award for courageous journalists ausgezeichnet. Zbiss arbeitet für das französische Onlinemagazin *Inkyfada* und widmet sich den Rechten von Frauen und Kindern. Während des bewaffneten Konflikts im Irak begann sie, die Schicksale von Jesidinnen zu dokumentieren und der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Auch in Tunesien widmet sie sich Schicksalen, die sonst nicht in die Schlagzeilen geraten, zum Beispiel den in Libyen festgehaltenen tunesischen IS-Rückkehrerinnen. Nach ihren Recherchen zur Gehirnwäsche in Koran-Kindergärten kam es in der Bildungspolitik Tunesiens zu einem Aufschrei; zahlreiche Einrichtungen wurden geschlossen. Mit ihrer Arbeit leistet Hanène Zbiss einen herausragenden Beitrag zur Information der Öffentlichkeit in einem Land, das nach dem Arabischen Frühling noch immer um eine stabile Demokratie ringt.

Ein demokratischer Stern am dunklen Firmament der slowakischen Politik: Seit einem halben Jahr ist Zuzana Čaputová gewählte sozialliberale Präsidentin der Slowakei.



Liberaler Hoffnungsträgerin in Osteuropa

Klare Worte aus der Slowakei

Die Präsidentin der Slowakei, Zuzana Čaputová, spricht klare Worte. Seit Juni 2019 im Amt, hat die liberale Politikerin auf ihren Antrittsbesuchen in den Nachbarstaaten Polen, Tschechien und Ungarn, mit denen die Slowakei seit 1991 in der sogenannten Visegrád-Gruppe verbunden ist, nicht mit Kritik an Fehlentwicklungen gespart. In Prag, ihrer ersten Station, reagierte sie auf Äußerungen des tschechischen Präsidenten Miloš Zeman mit den Worten: „Schon jetzt ist offensichtlich, dass wir uns nicht in vielen Dingen einig sein werden.“ In Budapest kritisierte Čaputová Premierminister Viktor Orbán für seine autokratische Politik und verteidigte die Werte der liberalen Demokratie, die in Ungarn erheblich unter Druck geraten sind. In Warschau erinnerte sie an die wichtige Rolle des früheren Präsidenten Lech Wałęsa in der Überwindung des Sozialismus, was die polnische Regierung angesichts des schwierigen Verhältnisses zwischen Wałęsa und dem PiS-Vorsitzenden Jarosław Kaczyński als Provokation empfand. An die drei Visegrád-Partner gerichtet, bedauerte sie deren allzu lange wenig konstruktive Haltung innerhalb der Europäischen Union. Čaputová ist bemüht, ihr Land als besonders EU-freundlichen Mitgliedstaat zu positionieren.

Theater der Freiheit – „30.nach.89“ im Deutschen Theater

Für das Theaterstück „30.nach.89“, uraufgeführt am 19. Oktober im Deutschen Theater Berlin, haben sich in einer deutsch-polnisch-russischen Kooperation Schüler aus den drei Ländern zusammengefunden. Unter Leitung der freien Regisseurin Uta Plate wurden die Geschichten ihrer eigenen Eltern sowie weiterer Zeitzeugen aus dem Freiheitsjahr 1989 zu einem Theaterstück konzipiert. Einem Mosaik gleich, entstand aus Gesprächen, die in verschiedenen Sprachen geführt wurden, ein Gesamtkunstwerk. Mit Unterstützung der Friedrich-Naumann-Stiftung und der Evangelischen Kirche Deutschlands konnten die jungen Schauspieler das Stück gemeinsam in Warschau, Berlin und Moskau erarbeiten und proben. Die Uraufführung vor ausverkauftem Haus wurde zu einem vollen Erfolg und zeigt: Kunst vermittelt Freiheit und überwindet jede Grenze.

Thema

Bilanz der Einheit

Ist zusammen- gewachsen, was zusammengehört?

30 Jahre nach dem Mauerfall
bleibt der gemeinsame Weg von
Ost und West beschwerlich.

ESSAY / 10



FOTOS: DANIEL BISKUP, ANITA MAAß, PICTURE ALLIANCE / JAN WOITAS

Ostdeutsche Biografie

Erinnerungen an 1989

Bürgermeisterin
Anita Maaß
im Interview.

INTERVIEW / 18

Rechtspopulismus

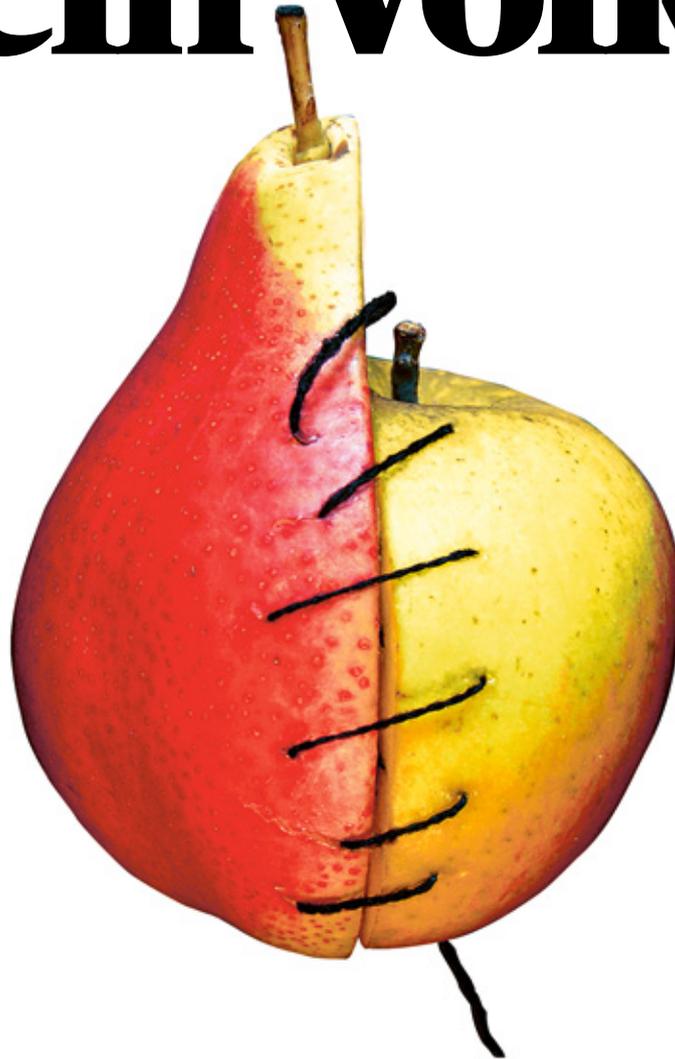
Das autoritäre Erbe und seine Folgen

Der Osten ist weder „Dunkel-
deutschland“ noch der
rückständige Teil der Republik.

ANALYSE / 14



Wir sind ein Volk!



DIE GROSSE LEISTUNG DER OSTDEUTSCHEN

TEXT: TILMAN MAYER // ILLUSTRATION: VERENA POSTWEILER

Dreißig Jahre nach dem Mauerfall zeigt sich: Die Wiedervereinigung Deutschlands ist gelungen, auch wenn der gemeinsame Weg von Ost und West noch immer beschwerlich ist und so manches Unbehagen fortbesteht. Um die Ressentiments aufzulösen und die Integration voranzubringen, bedarf es einer selbstkritischen Perspektive im Westen und eines wirtschaftspolitischen Impulses im Osten.

Wir sind ein Volk!“ Keine Formel verdeutlicht besser, dass die Dynamik der Friedlichen Revolution vom Wunsch vieler Deutscher ausging, sich hinter einer gemeinsamen historischen, kulturellen und sprachlichen Identität als Nation zu versammeln. Die Verwirklichung dieses Wunsches war nicht einfach. Damit ein Ganzes entstand, genügte es nicht, die Teilung aufzuheben. Die Annäherung der beiden im Laufe der vielen Jahrzehnte sehr unterschiedliche Wege gegangenen Gesellschaften in Ost und West war eine Herausforderung, und sie war asymmetrisch.

Wie auch in diesem formalen Verfahren der staatlichen Vereinigung war von vornherein klar, dass es vor allem der Osten war, wo sich die Dinge ändern mussten. Die beiden Deutschlands fusionierten nicht, sondern die DDR trat der Bundesrepublik bei; und es galt alle gesellschaftlichen Prägungen durch das nunmehr abgeschüttelte realsozialistische und autoritäre - in früheren Jahrzehnten totalitäre - System zu erkennen und aufzuarbeiten. Dabei gab es keine Institution, die sich in dieser Hinsicht der Bürger angenommen und sie in die Einheit geleitet hat. Ihre Einstellungen und Werte zu prüfen und anzupassen, blieb die Angelegenheit der Bürger selbst. Heute möchte so gut wie niemand mehr zurück in den Mief des Honecker-Staats. Dass dieser geistige Wandel gelungen ist, diese



~3.600.000

MENSCHEN VERLIESSEN SEIT DER WIEDERVEREINIGUNG DEN OSTEN UND LÖSTEN EINE DEMOGRAFISCHE KRISE

AUS. Es gibt jedoch Hoffnung: Im Jahr 2017 zogen erstmals mehr Menschen von West- nach Ostdeutschland als umgekehrt.

~2.400.000

MENSCHEN ZOGEN SEIT DER WIEDERVEREINIGUNG VON WEST- NACH OSTDEUTSCHLAND. Der Niedergang vieler Orte konnte dadurch nicht gestoppt werden.

Wiedervereinigung von unten, das ist die große Leistung der Ostdeutschen. Es ist auch ein im Westen oft verkanntes Zeichen ihrer Liberalität. Ihrem Selbstbewusstsein täte eine stärkere Anerkennung gut.

Aus Sicht der aktiven Patrioten im Westen, in Bonn, die den Prozess von oben operativ ermöglicht haben, war die Transformation eigentlich ein Selbstläufer. Als sich die Chance der Wiedervereinigung ergab, ergriff man sie. Als der Prozess in Gang gekommen war, hatten die Ostdeutschen jedoch von Anfang an die größere Bürde zu tragen. Schon Max Weber hatte die Gefahr der Veralltäglichen des Charismas gekannt, in diesem Fall des friedlichen Revolutionscharismas. In den Niederungen der Ebene tat sich nun in den 1990er-Jahren so manche hinterlassene Zumutung auf, die unvorbereitet zu bewältigen war. Die von Bundeskanzler Helmut Kohl versprochenen „blühenden Landschaften“ gab es nicht sofort.

Die Zumutungen der Ebene indes überforderte oft die Bewältigungskompetenz der Menschen. Daraus entstand ein Unbehagen an der Einheit, eine wachsende Ungeduld angesichts der ausbleibenden Erfolge, so gut der Einigungsprozess insgesamt auch gelang. Es kam die fixe Idee auf, der Treuhandanstalt zuzuschreiben, was es an sozialen Belastungen im Osten auszuhalten galt. Es blieb nicht aus, dass sich Unmut dagegen regte, dass manche strukturschwachen Regionen in Ostdeutschland nicht immer weiter staatlich gefördert werden sollten. Man spießte die ungleiche Verteilung von politischen wie auch wirtschaftlichen Führungsaufgaben zwischen Ost- und Westdeutschland auf. Manche Leute sprachen gar von neokolonialen Zuständen. An Vorurteilen und Kontroversen fehlt es bis heute nicht. Das sich verfestigende Unbehagen aufzulösen, setzt nicht zuletzt auch eine selbstkritische Perspektive im Westen voraus, in Deutschland wie in ganz Europa.

Die Teilung hat Spuren hinterlassen, und seit der Wende sind Vernachlässigungen ▶

20

Prozent

BETRÄGT DER RÜCKSTAND DER WIRTSCHAFTLICHEN LEISTUNGSKRAFT DES OSTENS GEGENÜBER DEM WESTEN, nach der Höhe der Arbeitsproduktivität bemessen. In der Industrie beträgt der Rückstand 30 Prozent. Dieser Wert ist seit 20 Jahren recht konstant.

AUFBRUCH OST
Karl-Heinz Paqué, Ökonom und Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung, fordert einen „Aufbruch Ost“. Die ostdeutschen Hochschulstandorte sollten ihre Dynamik als Teil eines Netzwerks der Innovationskraft ausspielen – mit Berlin als Herz und Motor.
Mehr dazu:
freiheit.org/aufbruch

festzustellen, die es nicht hätte geben müssen. Es gehört zu den schmerzlichen Erfahrungen, dass sich vor diesem Hintergrund auf der linken und später auch auf der rechten Seite des politischen Spektrums Ressentiments entwickelten, die nur darauf warteten, von Parteien abgeschöpft zu werden. Im Westen war man darauf nicht vorbereitet. Viele Menschen verfielen in eine Belehrungshaltung, als ob es nur gelte, die armen Verängstigten im Osten darüber aufzuklären, welche Regeln im Zeitalter der Globalisierung und unter den Bedingungen der Freiheit gelten. Dabei verdienen andere Auffassungen zu Fragen der Moderne auch dann Respekt, wenn man sie nicht teilt. In Ostdeutschland ist man zum Beispiel schlicht nicht überzeugt, dass so viel Zuwanderung wie im Westen sinnvoll ist. Man kann auch sagen: Es herrscht im Osten eine größere kulturelle Distanz in Migrationsfragen; man hegt dort mehr Reserven als im Westen. Die größere kulturelle Distanz kennzeichnet indes ganz Osteuropa, besonders die Visegrád-Staaten. Ist kulturelle Distanz illegitim? Muss sie beseitigt werden? Wer mit solchem Anspruch auftritt, läuft Gefahr, die offensichtlich in Deutschland und Europa fortbestehenden Gräben zu vertiefen und rechtspopulistischen Parteien die Wähler frei Haus zuzuliefern.

Kulturelle Selbstbestimmung ist kein illiberaler Wunsch, aber man kann über sie streiten. Es trifft zu, dass Migration eine Bereicherung darstellen kann. Es gilt anzuerkennen, dass Nationen nicht nur Geburts- und

Abstimmungsgemeinschaften, sondern auch Gemeinschaften sind, die sich durch Zuwanderung entwickeln. Doch auf jeden Fall gibt es die Nation als solche, sie lässt sich nicht einfach „dekonstruieren“. Als die Ostdeutschen 1989 die nationale Frage revolutionär, aber friedlich lösten, waren sie darin eine fortschrittliche Kraft. Daran gilt es zu erinnern und anzuknüpfen, umso mehr, als es Differenzen gibt, die das Zusammenwachsen von Ost und West auch weiterhin belasten. Deutschland befindet sich in einem fortgeschrittenen nationalen Integrationsprozess, in dem man Unterschiede struktureller oder ideeller Art nicht ignorieren darf. Auch die Pluralismustoleranz ist in Ostdeutschland noch geringer ausgeprägt als im Westen. Man darf ruhig fragen, ob nicht manches, was im Westen toleriert wird, Kritik verdient.

Zu denken sollte geben, dass die Demokratieverankerung in Ostdeutschland seit 1990 manches Auf und Ab erlebt hat. Im Westen fand die Demokratie in den Anfängen der Bundesrepublik leichter ihren Weg in die Herzen der Menschen, weil parallel die soziale Marktwirtschaft deutlich spürbar ihre wohlfahrtssteigernde Wirkung entfaltete. Im Osten stehen die Dinge auch 30 Jahre nach dem Mauerfall noch lange nicht so günstig. Dem unmittelbaren Einigungsboom folgte die Stagnation. Die Abwanderung vieler Menschen hat schwerwiegende, auch strukturelle Folgen. Die Bevölkerung altert stark. Ganze Landstriche veröden, selbst Mittelstädte verlieren an Substanz. Hier gilt es endlich wirksame wirtschaftspolitische Akzente zu setzen und mit spürbaren Impulsen nachhaltige Wachstumsprozesse in Gang zu bringen. Deindustrialisierung sowie Verfall und Leerstand sind kein Schicksal, das es zu ertragen gilt. Was ist also zu tun? Es wäre überlegenswert, in der Ausgabenpolitik des Bundes für eine systematische Ost-Akzentsetzung zu sorgen – mit dem Ziel, alles zu fördern, was nach einem breiten Konsens der gesellschaftlichen Integration Deutschlands dient. ■



Als die Ostdeutschen 1989 die nationale Frage revolutionär, aber friedlich lösten, waren sie darin eine fortschrittliche Kraft. Daran gilt es zu erinnern und anzuknüpfen.

TILMAN MAYER ist Professor für Politikwissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Interview mit Horst Teltschik

„Immer im Gespräch bleiben“

Zur Zeit der Wende war Horst Teltschik als stellvertretender Kanzleramtschef von Helmut Kohl (CDU) eine der prägenden Figuren der Deutschen Einheit. Er ist einer der Experten für deutsche Außen- und Sicherheitspolitik und leitete viele Jahre die Münchner Sicherheitskonferenz.

INTERVIEW GEFÜHRT VON: KAREN HORN

Der Mauerfall war ein Glücksmoment der Geschichte. Warum war 1989

die Zeit reif dafür?

Da kam eine Reihe von günstigen Entwicklungen zusammen. Begonnen hat es mit den Demokratisierungsbestrebungen in Polen. Dann war wichtig, dass wir im Bundeskanzleramt im Kontakt mit Ungarn waren. Ministerpräsident Miklós Németh war bewusst, dass das Land wirtschaftliche und politische Reformen brauchte. Weil Deutschland half, waren sie 1989 bereit, die Grenzen zu öffnen. Von zentraler Bedeutung waren auch die Reformbestrebungen Gorbatschows in der Sowjetunion - und die Tatsache, dass er den Warschauer-Pakt-Staaten vermittelt hatte, er werde sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Bündnispartner einmischen.

Spielte nicht auch die Entspannungspolitik, die nach dem Kalten Krieg eingesetzt hatte, eine wichtige Rolle?

Natürlich. Die Grundlagen für die Entspannungspolitik waren in der Nato mit dem „Harmel-Bericht über die künftigen Aufgaben der Allianz“ von 1967 bereitet, mit jener Doppelstrategie, die militärische Sicherheit und Entspannung als Ziele festlegte. Darauf baute Brandts Ostpolitik auf. Wesentlich war auch der Prozess der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), in dem die FDP-Außenminister Scheel und Genscher zentrale Rollen spielten. Doch dann begann die Sowjetunion mit der Aufrüstung neuer Mittelstreckenraketen. Die Nato antwortete mit dem Doppelbeschluss. Es herrschte Eiszeit zwischen Ost und West. Erst 1985 kam mit der Wiederaufnahme der Gipfeldiplomatie und mit Gorbatschow im Amt alles wieder in Bewegung. Der Prozess, den wir kennen, nahm seinen Lauf.

Heute haben wir es mit Herrschern zu tun, die autoritär handeln. Können wir aus den historischen Erfahrungen etwas für



Dass wir so uneins sind, ist fatal in einer multipolaren Welt.

HORST TELTSCHIK war einer der engsten außenpolitischen Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl.

den Umgang mit Russland heute lernen?

Im Westen besteht die Gefahr, Putin als Hauptgegner auszumachen und uns selber damit auszubremsen. Die europäische Sicherheit hängt von Russland ab. Man muss immer im Gespräch bleiben, das ist die wichtigste Lehre. Mit der Wiedervereinigung wäre es nichts geworden, wenn wir nicht mit Breschnew gesprochen hätten. Außerdem muss man

daran erinnern, dass Putin der Meinung war, Russland solle Nato-Mitglied werden. Wir waren also schon viel weiter. Dass wir so uneins sind, ist fatal in einer multipolaren Welt. Die EU freilich ist gerade mit dem Brexit dabei, ihren Einfluss zu schwächen.

Kohl hat die Deutsche Einheit und die europäische Einigung zusammengedacht. Wo steuert das hin?

Das Problem der EU ist, dass sie ziellos agiert. Niemand weiß, was die führenden Politiker als Zielsetzungen in Europa haben. Die Bundesregierung will ein stabiles Europa, erklärt aber nicht, wie man sich dieses Europa vorzustellen hat. Die Bürger wissen nicht, ob noch mehr europäische Integration kommt und wie die aussehen soll. Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist der Schlüssel für die Arbeit in der EU, aber sie funktioniert derzeit nicht. Die Vorstöße des französischen Präsidenten Macron sind ja weitgehend ohne Antwort geblieben. ■



Ost Deutsch Land

DAS POLITISCHE PHÄNOMEN?

TEXT: CONSTANTIN ECKNER UND MARTIN THOMA



Hat es erst Pegida und die AfD gebraucht, damit man sich im Westen für den Osten interessiert? Die Autoren dieses Beitrags sind in Ostdeutschland aufgewachsen und meinen: Die Entwicklungen im Osten sind nicht überraschend. Rechtsextreme Strömungen gab es schon länger, die Unterstützung von liberaler Demokratie steht vielfach auf unsicherem Boden. Desorientierung, Hilflosigkeit und Wut greifen um sich.

Das politische Jahr 2019 war von Wahlgängen in östlichen Bundesländern geprägt. Weil die AfD hier erstmals so stark zu werden drohte, dass eine Regierungsbeteiligung nahegelegen hätte, standen die Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen noch stärker im bundesdeutschen Fokus als sonst. Vor diesem Hintergrund haben sich zahlreiche Kommentatoren und politische Beobachter an einer Antwort auf die Frage versucht, weshalb sich die beiden Teile Deutschlands politisch so stark voneinander unterscheiden. In journalistischer Sprache heißt das: „Wie tickt der Osten?“ Es drehte sich viel darum, weshalb gerade hier Bewegungen wie Pegida oder eben eine Rechtsaußen-Partei wie die AfD derart großen Zuspruch erhalten, weshalb rechtsextremistische Strömungen so alltäglich erscheinen und weshalb vielen Bürgern im Osten der sonst weitverbreitete Linkliberalismus dermaßen widerstrebt. Eine stichhaltige Antwort fanden die wenigsten Beobachter. Die meisten Bestandsaufnahmen mündeten in eine Mischung aus Verständnis, Unverständnis und Ratlosigkeit. Dabei liegt die grundsätzliche Antwort nahe: weil den Menschen im Osten nie richtig zugehört wurde.

Das „autoritäre“ Erbe

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) hat die DDR stets als antifaschistische Heimat aufgeklärter Marxisten und Leninisten verstanden und sie nach innen wie nach außen als solche dargestellt. Das autoritär ge-

1.212 Übergriffe 2018

**SEIT DER WIEDER-
VEREINIGUNG NAHM
DIE ZAHL RECHTS-
EXTREMER ÜBERGRIFFE
DRASTISCH ZU.** Die Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 waren ein Fanal rechter Gewalt im Osten der Republik. Heute werden in Ostdeutschland täglich fünf Menschen Opfer rechter Gewalt. Im Jahr 2018 gab es 1.212 rechtsextremistisch motivierte Übergriffe. Betroffen sind oftmals Minderjährige.

führte Kollektiv gab sich solidarisch, gerecht, links und friedlich. In den Vorstellungen der SED gab es in der Bevölkerung weder rechtes Gedankengut noch Rechte oder gar Alt-Nazis. Gerade diese hatten sich, so die Legende, nach Ende des Zweiten Weltkrieges gen Westen abgesetzt. Aus Sicht der Einheitspartei waren Apparat und Volk in Gänze entnazifiziert.

Die Realität sah anders aus. Rechtsextreme Strömungen waren schon vor 1989 in Teilen der Bevölkerung fest verwurzelt, wie sich in der mühsamen Aufarbeitung der DDR-Geschichte ebenso zeigt wie in den politisch motivierten Gewaltaktionen der vergangenen 30 Jahre. Insbesondere die Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen 1992 wurden zum Fanal der frühen gesamtdeutschen Geschichte und zu einem Hinweis auf die politische Gemengelage in den neuen Bundesländern. Anfangs verkörperte die Neonazi-Szene in Ostdeutschland zum Teil auch ein Auflehnen gegen das Regime in Ost-Berlin, gegen den totalitären Obrigkeitsstaat.

Mit der Wiedervereinigung entstand aber nun eine ganz neue Konfrontation - jene mit den „Anderen“, den Fremden. Während sich die Bürger in den alten Bundesländern bereits jahrzehntelang mit der Einwanderung und der Aufnahme von Asylsuchenden auseinandergesetzt hatten, waren die Menschen in den neuen Bundesländern von heute auf morgen mit der gesellschaftlichen Sprengkraft dieses Themas konfrontiert. Die Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen brachten vieles davon zum Ausdruck: die Angst vor der Vernichtung der eigenen Existenz, die Suche nach ▶

Sündenböcken, die Furcht vor den „Anderen“ und eben auch die grundsätzliche Tolerierung von extremen Ansichten.

Daran hat sich bis heute wenig verändert. Das Extreme setzt sich seit drei Jahrzehnten in der Mitte der ostdeutschen Gesellschaft fest oder wird zumindest hingenommen. Der Übergang von der einstigen DDR-Gesellschaft war dabei fließend. Halina Wawzyniak, ehemalige Rechtspolitikerin der Fraktion Die Linke im Bundestag, hat es in einem Interview mit der Zeitung *Die Welt* wie folgt beschrieben: „Im Kern war die SED eine rechte Partei. Autoritär, nationenbezogen, ausgrenzend von allem, was nicht ‚normal‘ war.“ Es gibt nicht nur eine nach rechts tendierende Grundhaltung vieler Menschen im Osten. Auch die Einstellung zur parlamentarischen Demokratie und das Verständnis von Recht und Rechtsstaat befinden sich auf unsicherem Boden.

Wie in der DDR das Recht verkam, in der Praxis wie in den Köpfen, wurde offenbar niemals wirklich aufgearbeitet, und noch heute reagieren manche Menschen selbst in kleinen Dingen auf ihr Unrechtsgefühl kurzerhand mit Selbstjustiz.

Das ewig Trotzige und Unzufriedene, das Aufbegehrende und Ungehaltene hat sich auch oder gerade im ostdeutschen Mittelstand festgesetzt. Es speist sich aus der Angst vor Wohlstandsverlust und aus der Angst vor einer Machtlosigkeit, wie es sie es im ungerechten DDR-System bereits einmal gab. Und mittels einer Mentalität des Unzufriedenseins haben sich so manche in ihrem Leben eingerichtet. Auch deshalb sind wirkliche Lösungsansätze im Zusammenhang mit Migration oder Klima nicht gewollt.

Die Institutionen der politischen Bildung haben es offensichtlich nicht vermocht oder gar versäumt, die Grundwerte des Rechtsstaats und der liberalen Demokratie verständlich zu vermitteln. Dabei war nicht von jedem Bürger im Osten zu erwarten, dass er nach 40 Jahren in Isolation das neue politische System versteht und annimmt. Doch das hat

Die Autoren

CONSTANTIN ECKNER

promoviert an der University of St Andrews, Schottland, zur Asyldebatte in Deutschland seit Beginn der 1980er-Jahre. Er war von 2016 bis 2019 Promotionsstipendiat der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Chefredakteur des Stipendiaten- und Altstipendiaten-Magazins „freiraum“.

MARTIN THOMA

hat Pflege und Health Care Management an der Westsächsischen Hochschule Zwickau sowie der Hochschule Niederrhein studiert. Er war von 2012 bis 2017 Studienstipendiat der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Heute arbeitet er als Themengebietsleiter Liberale Positionen und Kooperationen in der Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach.



man im Westen nicht gesehen und die Mitte der Gesellschaft im Osten sich selbst überlassen. Im Ergebnis sind viele Ostdeutsche nach drei Jahrzehnten kaum mehr zu Kompromissen bereit. Ihr Warten auf Besserung hat mittlerweile einen kritischen Punkt erreicht. Die erste Generation, die schon einen Großteil ihres Arbeitslebens im wiedervereinigten Deutschland verbrachte, geht gerade in Rente. Oft sind sie es oder auch ihre Kinder, die bei Pegida und Co. auf die Straße gehen. Befeuert durch die sozialen Medien und durch den sich ausbreitenden Populismus, sucht man nach einfachen Antworten. „Weniger labern, mehr machen“, heißt die Devise.

Der Bruch 1990

Der Staat, in dem die meisten Menschen ohne größere Entfaltungsmöglichkeiten und ohne Freiheit ihren Alltag bestritten hatten, hörte 1990 auf zu existieren. Es ist daher schon bemerkenswert, wie die Ostdeutschen versuchten, ihre Realität nach der Wende neu zu definieren und ihren Platz in der Republik zu finden. Dabei wurden bewährte Institu-



90er

**ZU BEGINN DER
90ER-JAHRE
WAREN PROTESTE
IN OSTDEUTSCHLAND
EIN ALLTÄGLICHES**

BILD. Die Menschen demonstrierten gegen den Ausverkauf der ostdeutschen Betriebe, als die sie die Handlungen der Treuhandanstalt empfanden. Zwischen 1990 und 1994 sollte die Treuhandanstalt die Wirtschaft im Osten neu organisieren.

tionen und gesellschaftliche Standards - wie beispielsweise die berufliche Eigenständigkeit von Frauen - durch den Westen beinahe zerstört. Die Entscheidungsträger in Bonn und anderswo hörten weder richtig zu noch hatten sie ein klares Verständnis davon, wie die Gesellschaft der DDR lange funktioniert hatte. In einer nur teilweise gerechtfertigten Ablehnung gegenüber allem, was in dem sozialistischen Staat vor sich ging, hantierte man nun mit der Abrissbirne. Dabei geriet aus dem Blick, dass viele Ostdeutsche einst trotz des Obrigkeitsstaats ein funktionierendes Lebensmodell für sich entwickelt hatten. Doch nach der Wende waren mit einem Schlag Lebensläufe gebrochen und Lebensentwürfe infrage



Die Entscheidungsträger in Bonn hörten weder richtig zu noch hatten sie ein klares Verständnis davon, wie die Gesellschaft der DDR lange Zeit funktionierte.

gestellt. Diese Brüche führten unweigerlich zu einem Protest gegen „die da drüben“ oder „die da oben“ - oder beides.

Orientierungslosigkeit

Wissenschaftler sprechen oft davon, dass sich die Ostdeutschen abgehängt fühlen. Vielen Menschen im Westen mag dies unverständlich erscheinen, schließlich floss über viele Jahre hinweg der Solidaritätsbeitrag. Aber so viel infrastruktureller Aufbau auch betrieben wurde, so sehr war die innerdeutsche Hilfeleistung von Symbolpolitik geprägt. Häuserfassaden zu renovieren und Innenstädte barrierefrei zu gestalten, reicht nicht aus. Damit der Osten zu den „blühenden Landschaften“ hätte werden können, von denen Bundeskanzler Helmut Kohl gesprochen hatte, hätte es von Beginn mehr Zielorientierung und langen Atem bei den Infrastrukturinvestitionen gebraucht. Nun aber sind die Autobahnnetze löchrig, die Bahntrassen vernachlässigt und die Industriegebiete schlecht angebunden.

Die mittelständische Wirtschaft befindet sich im ständigen Überlebenskampf. Die Abwanderung aus allen Gebieten abseits der Metropolen Leipzig und Dresden versetzt Städte und Landkreise in Existenznöte. Gegen Ende der DDR herrschte Tristesse aufgrund eines langjährigen Sanierungsstaus und der allgemeinen Untergangsstimmung. Heute herrscht wieder Tristesse, weil viele Ostdeutsche fühlen, wie ihnen die Eigenständigkeit abhandekommt. Insgesamt entsteht eine große Generation, die orientierungslos ist und sich hilflos fühlt. Dass dieses Gefühl in Wut mündet oder sich in einer Ablehnungsmentalität zementiert, ist fast nur logisch. Der Osten ist weder „Dunkeldeutschland“ noch der rückständige Teil der Bundesrepublik. Er ist schlichtweg eine Gesellschaft, die nie verstanden wurde. In gewisser Weise haben viele Protestwähler und Pegida-Protestler erreicht, was sie von Beginn an beabsichtigten: dass immer mehr Menschen aus dem Westen endlich den Osten verstehen wollen. ■



Frau Maaß, was sind denn Ihre Erinnerungen an den Mauerfall?

Den Herbst 1989 habe ich sehr intensiv erlebt. Als 13-Jährige bekommt man das eine oder andere schon mit, nicht nur die Demonstrationen. Das hat zu Fragen und Diskussionen mit meinen Eltern geführt. Mein Vater - er war in der Partei - sagte immer: Wir wissen um die Probleme, aber ich bin hier, um es besser zu machen. Anfangs wollten viele Leute einen solchen dritten Weg. Das ist schnell umgeschlagen, am Ende stand der komplette Systemwechsel.

Kam der Beitritt zu schnell?

Das ist immer die Frage. Aus der Rückschau ist man ja immer schlauer. Wir haben damals spaßeshalber gesagt, so wie die Staatschefs aussehen, so ist auch die Wiedervereinigung gelaufen. Kohl und de Maizière, stellen Sie sich die beiden einmal vor. Das eigentliche Schlüsselerlebnis für mich kam 1992. Da war die Arbeitsgerichtsverhandlung meines Vaters. Ich war in der neunten Klasse, als pauschal mit der Arbeit meines Vaters abgerechnet wurde. Er war Leiter eines Forschungsinstitutes, das Umweltforschungen durchführte. Das unterlag der Geheimhaltung. Fast alle hatten zwangsläufig mit der Stasi zu tun, denn sie ging dort ein und aus. Nach der Wende hat mein Vater die ganze Institution in das Landesamt für Umwelt und Geologie eingegliedert. Einige Mitarbeiter sind bis heute hochgeachtet, auch aufgrund ihrer Forschungsleistung. Meinem Vater wurde wegen Staatsnähe gekündigt. Diese Gerichtsverhandlung glich einem Basar. Es war eine Massenverhandlung.



„Das Problem war nicht der Einzelne“

Die Kommunalpolitikerin Anita Maaß ist seit 2005 Bürgermeisterin von Lommatzsch. Im Interview erklärt sie, warum ihre Biografie den eigenen Politikstil prägt. Damit ist sie politisch erfolgreich in einer sächsischen Kommune mit 4.879 Einwohnern.

INTERVIEW GEFÜHRT VON: ANDERS MERTZLUFFT

ILLUSTRATION: NIELS SCHRÖDER





ANITA MAASS ist seit 2005 hauptamtliche Bürgermeisterin der sächsischen Stadt Lommatzsch. Bei ihrem Amtsantritt war sie die jüngste Bürgermeisterin einer Stadt im Freistaat Sachsen. Seither wurde sie zwei Mal im Amt bestätigt. Seit 2013 ist Maass Mitglied im Kuratorium der Friedrich-Naumann-Stiftung.

„**Das Problem war nicht der Einzelne, sondern dass so unglaublich viele Bürger in der DDR organisiert waren. Aber das war eben die DDR.**“

Mein Vater war der Direktor und dann gab es andere, die waren Parteisekretäre. Und noch andere waren im Kulturbund ... Die Richter verstanden die ganzen Zusammenhänge nicht. Das Problem war nicht der Einzelne, sondern dass so unglaublich viele Bürger in der DDR organisiert waren. Aber das war eben die DDR.

Wie haben Sie diese Verhandlung empfunden?

Als ungerecht. Ich habe mir damals geschworen, Geschichte zu studieren. Es muss ja irgendwo eine objektive Wahrheit geben. Ich hatte parallel noch den Austausch unserer Geschichtsbücher erlebt. Wir hatten ja die DDR-Bücher, dann kamen die Bücher aus dem Verlag Cornelsen. Da stand das Gegenteil von dem drin, was wir vorher hatten. Ich dachte: Das kann nicht sein. Dazwischen muss irgendwo die Wahrheit liegen.

In meinem Erdkundebuch war die DDR auf der Karte grau...

Da haben wir uns ja nichts genommen: In meinem Geografiebuch waren die osteuropäischen Länder alle mit bunten Bildern dargestellt und die westeuropäischen Länder alle in Schwarz-Weiß. Und Paris sah so furchtbar aus.

Wie war das dann später an der gesamtdeutschen Universität, an der Sie gearbeitet haben, an der TU Dresden?

Das war auch schwierig. Wir hatten ausgewiesene Experten in der sächsischen Landesgeschichte. Die hatten alle keine Chance. Wer Glück hatte, konnte noch seine wissenschaftliche Assistenzstelle zu Ende wahrnehmen. Die Professorenstellen haben dann andere bekommen.

Seit 2005 sind Sie Bürgermeisterin der Stadt Lommatzsch. Was sind Ihre Erkenntnisse? Steht die Sachpolitik in den neuen Ländern stärker im Vordergrund?

Das hängt von der Größe der Kommunen ab. Die Probleme kreisfreier Städte wie Düsseldorf und Dresden dürften vergleichbar sein. Diese Städte haben eine Größe, bei der die Abgeordneten vielleicht das Gefühl haben, dass sie eher Parlament als Teil der Verwaltung sind. In den kleinen Kommunen wird überwiegend Sachpolitik gemacht. Zumindest ist es parteipolitisch schwieriger, Themen zu setzen, weil eine Kommune alltägliche Herausforderungen hat, gegen die sich keine Partei so leicht stemmen kann. Man kann nicht aus parteitaktischen Gründen sagen, wir wollen die Schule nicht sanieren oder die Straße nicht bauen.

Aber haben Sie in Ihrer Kommune nicht auch Themen, die kontrovers sind?

Das Abwasserthema hat mich die ersten Jahre extrem beschäftigt. Wenn man als junge Frau überhaupt die Chance hat, als Unbekannte gewählt zu werden, dann ist es meist Ausdruck davon, dass es einer Stadt nicht gut geht. Und so war es auch bei uns. Unsere Stadt war hoch verschuldet; wir hatten keine Bewegungsfreiheit mehr. Das heißt, wir mussten den Haushalt konsolidieren. Ein großes Thema in diesem Zusammenhang war die Erhebung von Abwasserbeiträgen. Die Bürgerinnen und Bürger sollten an Investitionen in die Abwasserkanäle beteiligt werden. Das haben die Leute nicht verstanden, weil diese Investitionen zum Teil schon zehn Jahre zurücklagen.

Wie sind Sie damit umgegangen?

Sicher hat mir geholfen, ein ganz schöner Trotzkopf zu sein. Ich habe mir gesagt, da will ich mich durchkämpfen. Aber das Erfolgsgeheimnis ist, viel zu erklären und zu Entscheidungen zu stehen. Wenn die Leute verstehen, warum man Dinge tut, müssen sie das nicht gut finden, aber sie haben die Chance, es zu verstehen. Das schafft Vertrauen. ■



Kommt, wir gründen eine Schule

Das Ökumenische Domgymnasium in Magdeburg ist weit über die Grenzen Sachsen-Anhalts hinaus bekannt. Es wurde in den Wirren der Wende von engagierten Bürgern gegründet.

TEXT: KIRA BRÜCK

Parketboden, hohe Decken, Flügeltüren: Wenn Jürgen Scharf durch die Gänge des Schulgebäudes aus dem Jahr 1880 geht, erfüllt ihn das mit Stolz. Der heute 67-jährige Politiker hat das Domgymnasium in Magdeburg nach der Wende mit Eltern, Lehrern und anderen Interessierten gegründet. Einfach so, ohne groß Ahnung zu haben, wie das gehen soll.

„Das einheitliche sozialistische Bildungssystem unter Margot Honecker hat kaum Spielraum für Individualität gelassen“, sagt Scharf in der Schulbibliothek. Seine Tochter, für die er sich eine „vernünftige Allgemeinbildung“ wünschte, besuchte zur Wendezeit die sechste Klasse der Polytechnischen Oberschule.

In der Zeitung stand etwas von einer Elterninitiative, die sich darüber Gedanken machen wolle, wie gute Schule aussehen kann. Da ist Scharf einfach mal hingegangen. Wenig später war der Mathematiker Schulgründer und Vorsitzender des Trägervereins.

Der Schulleiter Dieter Lührs empfängt in seinem Büro. Seit 2002 leitet der heute 59-jährige promovierte Philologe das Gymnasium. „Ich habe kein Problem damit, dass die Schule einen elitären Ruf hat. Wer sein Kind auf eine Privatschule gibt, ist als Elternteil nicht unbedingt leichter zu ertragen, hat aber gewisse Ansprüche“, sagt Lührs. Es gingen mehr Anmeldungen ein, als freie Plätze zur Verfügung stünden. Dabei gebe es in Magdeburg vier freie Gymnasien. „Sie werden nicht noch einmal in einer deutschen Großstadt



„**Das einheitliche sozialistische Bildungssystem hat kaum Spielraum für Individualität gelassen.**“

JÜRGEN SCHARF

ist ehemaliger Politiker und Gründer des Magdeburger Domgymnasiums.

erleben, dass die Hälfte der Gymnasien in freier Trägerschaft ist. Wir haben also ziemliche Konkurrenz.“

Magdeburg sei ein Paradebeispiel dafür, dass es für den

Staat finanziell günstiger ist, wenn er Schulen nicht selbst betreibt, sondern dies freien Trägern überlässt. Ein Stipendienfonds sorgt für sozialen Ausgleich, eine Geldelite soll an der Schule nicht vorherrschen.

Gesellschaftliche Verantwortung übernehmen, sich engagieren, eine Meinung bilden: Junge Leute darauf vorzubereiten, ist in den Augen von Lührs eine zentrale Aufgabe der Schule. Vielleicht ist dies das Geheimnis des Domgymnasiums: Man pflegt dort einen Bildungsbegriff und ein Ethos, die weit über das Vermitteln von Allgemeinbildung hinausgehen.

All das begann 1990 mit einer Gruppe engagierter Bürger, die ihre neu gewonnene Freiheit nutzten, Verantwortung übernahmen und sagten: „Kommt, wir gründen eine Schule!“ ■

Gesellschaft

Strafrecht und Populismus

Sind Richter Tendenzen unterworfen?

Thomas Fischer über die Bedeutung des Strafprozesses im Rechtsstaat.

INTERVIEW / 26



FOTOS: DAVID MALAN VIA /GETTY IMAGES; CHRISTIAN CHARISUS/DPA; HELP - HILFE ZUR SELBSTHILFE

Wählen ab 16

Junge Menschen in die Wahlkabinen

Ria Schröder fordert mehr demokratische Mitbestimmung für junge Menschen.



ESSAY / 25

Zivilmacht Deutschland?

Am moralischen Abgrund

Deutschland steht vor sicherheitspolitischen Herausforderungen. Die Politik hat damit Probleme.

ANALYSE / 34



Nur die Furcht selbst

Manchmal fügen sich Dinge, die einem zufällig zeitgleich ins Bewusstsein rücken, zu erstaunlichen Zusammenhängen. So werfen drei aktuelle Umfragestudien, ein Kinofilm und ein etwas älteres Buch die Frage auf: **Was ist los mit unserer Gesellschaft? Warum haben wir so viel Angst?**

TEXT: THOMAS VOLKMANN
ILLUSTRATION: RAMONA RING

W

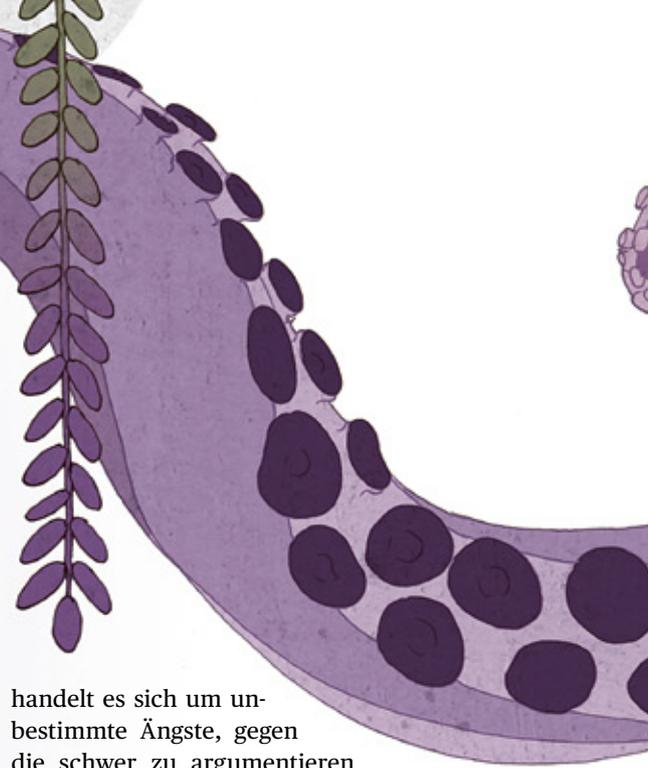
as ist los bei euch?“, fragte mich ein Freund, der seit längerem im Ausland lebt. Erfreulicherweise hatte ich in den Tagen davor Zeit gehabt, mich durch umfassende Lektüre auf den neuesten Stand zu bringen. Ich war auf die „Global Happiness Study“ gestoßen, eine Ipsos-Umfrage in 28 Ländern. Im globalen Durchschnitt bezeichnen sich demnach 64 Prozent der Befragten

als „sehr glücklich“ (14 Prozent) oder „eher glücklich“ (50 Prozent). Deutschland liegt auf dem achten Rang: 78 Prozent der Befragten sind insgesamt glücklich. Es gab einen Anstieg um 10 Punkte im Vergleich zu Februar 2018!

Für Junge ist die Welt in Ordnung

Das hätte ich ihm erzählen können, dem alten Freund - wenn mir da nicht im gleichen Moment die „Angststudie“ der R+V Versicherungen ins Bewusstsein gekommen wäre. Befragt





handelt es sich um unbestimmte Ängste, gegen die schwer zu argumentieren ist. Immerhin lässt sich feststellen, dass viele der Werte im Langzeitvergleich gesunken sind. Außerdem lässt sich beobachten, dass die Jüngeren weniger angsterfüllt sind als die Älteren. „Bei den jüngsten Befragten“, so heißt es in der Studie, „ist die Welt noch in Ordnung und die Angst relativ gering.“

Ein von Ängsten getriebenes Volk

Das hätte ich meinem Freund sagen können. Aber dann fiel mir der Auftritt der 16-jährigen Greta Thunberg vor den Vereinten Nationen ein. Ihr Statement war nicht gerade von einem unterproportionalen Angstgefühl geprägt. Thunberg sieht den Klimawandel als Grund für ihre geraubte Jugend, durchaus positiv begleitet von Stimmen aus Politik und Medien. Außerdem musste ich an eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach denken, in der die mittlere Alterskohorte zu den Chancen und Risiken des Lebens befragt wird. Zentrale Ergebnisse: Der Generation zwischen 30 und 59 Jahren in Deutschland geht es wirtschaftlich so gut wie nie. Die gesellschaftlichen Entwicklungen bereiten der Generation Mitte jedoch zunehmend Sorgen. Befragt nach den Veränderungen im Land in den vergangenen Jahren, sehen 51 Prozent ein Überwiegen der negativen, 16 Prozent der positiven Veränderungen. Breite Mehrheiten sehen ein Zunehmen der Aggressivität (81 Prozent), steigenden Zeitdruck (77 Prozent) oder abnehmenden Respekt voreinander ▶

nach „den größten Ängsten“, zeigen die Deutschen mehrheitlich Furcht vor einer Überforderung des Staates durch Flüchtlinge, vor Spannungen durch den Zuzug von Ausländern, vor einer gefährlicheren Welt als Ergebnis der Politik Donald Trumps. In den „Top Ten“, knapp unter der absoluten Mehrheitslinie, stehen darüber hinaus Ängste vor der Überforderung der Politiker, vor Extremismus und Terrorismus, vor steigenden Lebenshaltungskosten. Mithin

(68 Prozent). Befragt nach der eigenen Lage sieht die Sache anders aus: 59 Prozent sind zufrieden, lediglich 9 Prozent sind es nicht. 44 Prozent geht es besser als vor fünf Jahren, 16 Prozent geht es schlechter. Aber 41 Prozent glauben, dass die Wirtschaft in den kommenden Jahren zurückfallen wird.

Sollte ich meinem Freund also erklären, dass die Deutschen ein von Ängsten getriebenes Volk sind, das die aktuell gute eigene wie auch allgemeine Lage eher als Betriebsunfall und Anomalität sieht, die dazu noch durch „Fremde“, durch Terror, durch aggressive Mitmenschen und durch generellen Zeitdruck bedroht, ja eigentlich schon verloren ist, und dass sie in einem schüchternen Mädchen aus Schweden die Person sehen, die das ausdrückt, was sie selbst nicht formulieren können?

Furcht vor der Furcht

„Das Einzige, was wir zu fürchten haben, ist die Furcht selbst“, hat der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt gesagt. Oder war es doch Stephen King, der das in seinem Roman „Es“ darstellt? Der Film zum Buch ist ein großer Kassenschlager. Er handelt davon, dass das Böse selten in wirklicher Gestalt kommt - hier in Gestalt des Clowns Pennywise -, sondern sich für jeden Einzelnen in Verkörperung der größten Angst gestaltet. Erst dadurch wird es gefährlich für die Betroffenen: Es ist die Furcht, die Gefahr heraufbeschwört, die lähmt, die irrational handeln lässt. „Es sind nicht die Dinge selbst, die uns beunruhigen“, heißt es im ‚Handbüchlein der Moral‘ des antiken Philosophen Epiktet, „sondern die Vorstellungen und Meinungen von den Dingen.“ Das konnte ich natürlich meinem Freund nicht erklären, obwohl es seine Bedeutung hat. Stattdessen wollte ich ihm erläutern, wie mit dieser Furcht umzugehen sei.



Ich habe Hoffnung, dass Optimismus, Vernunft und Zukunftsvertrauen die Furcht besiegen.

Inspiration kommt da von der 1992 verstorbenen Politologin Judith Shklar und ihrem Buch „Der Liberalismus der Furcht“. Shklar vertritt einen „dezidiert realistischen Liberalismus“, der auf die Vermeidung der größten Übel abzielt. Diese erblickt Shklar in Furcht und Grausamkeit. Man mag ihr nicht ganz folgen, wenn sie als einzige zu rechtfertigende Bedeutung des Liberalismus darstellt, dass jeder Mensch in der Lage sein sollte, ohne Furcht und Abhängigkeiten so viele Entscheidungen über so viele Aspekte seines Lebens zu fällen, wie es mit der gleichen Freiheit eines jeden anderen erwachsenen Menschen vereinbar ist. Aber ein solcher „Liberalismus von unten“, wie der Sozialphilosoph Axel Honneth schrieb, ein „Liberalismus der permanenten Minderheiten“, wird benötigt. Man müsse sich, so warnte Shklar, vor einer Gesellschaft furchtsamer Menschen fürchten. Es gilt also, gegen die Furcht vorzugehen, sie zu vermeiden. Wer könnte das besser als eine politische Denkrichtung, die sich Optimismus, Fortschritt und Vernunft auf die Fahnen geschrieben hat?

Das habe ich meinem Freund geantwortet: Ich habe Furcht davor, dass die Furcht unser Land lähmt. Aber ich habe Hoffnung, dass Optimismus, Vernunft und Zukunftsvertrauen die Furcht besiegen. Meine und die der anderen. ■

Junge Menschen in die Wahlkabinen

Die Fridays-for-Future-Bewegung und die Proteste gegen den Brexit zeigen: Junge Menschen sind politisch engagiert. Ein halbes Jahrhundert nach der letzten Reform des Wahlalters sollten wir jungen Menschen mehr demokratische Mitbestimmung ermöglichen.

TEXT: RIA SCHRÖDER

Junge Menschen sind unpolitisch? Dieser Vorwurf verhallt, blickt man auf die vergangenen Monate: In London demonstrierten eine Million Menschen gegen den Brexit. Viele von ihnen waren zum Zeitpunkt des Referendums 2016 nicht wahlberechtigt. Sie jedoch werden die Konsequenzen der Entscheidung tragen müssen - ebenso wie die potenziell katastrophalen Folgen des Klimawandels. Deshalb demonstrieren junge Leute in aller Welt für ein Ziel, das lebenserfahrene Politiker über Jahre hinweg zu nachlässig verfolgt haben: Unsere natürliche Lebensgrundlage zu schützen. Dass am 20. September ein zwar kritikwürdiges, aber umfangreiches Klimapaket verabschiedet wurde, verdanken wir der Fridays-for-Future-Bewegung. Die Schülerinnen und Schüler haben den Klimaschutz ins Zentrum der politischen Debatte gerückt

und damit einen überwältigenden Erfolg erzielt. Das verdient Respekt: Sie haben bewiesen, dass sich auch junge Menschen eine Meinung bilden können und dass sie an demokratischer Mitbestimmung interessiert sind. Sie sollten auch wählen dürfen.

Stärken wir die Demokratie

Es ist ein positives Signal für die Demokratie, wenn sich junge Menschen öffentlich für ihre politischen Ziele einsetzen. Diese Entwicklung verdient es, unterstützt und gefördert zu werden, auch um die Demokratie selbst zu stärken. Es ist nicht nachvollziehbar, dass jungen Menschen das Wahlrecht bis zur Volljährigkeit vorenthalten bleibt. Schließlich ist es in der repräsentativen Demokratie die Stimmabgabe, die eine Teilhabe der Bürger an den politischen Entscheidungen und ihre Identifikation damit gewährleistet. Wer vom Wahlrecht ausgeschlossen



Dass jungen Menschen das Wahlrecht vorenthalten bleibt, ist nicht nachvollziehbar.

RIA SCHRÖDER,
Bundesvorsitzende
der Jungen Liberalen

sen ist, neigt dazu, sich für die Entscheidungen nicht mitverantwortlich zu fühlen. Wenn sich junge Menschen in der parlamentarischen Partei-

endemokratie engagieren sollen, muss ihnen eine Mitverantwortung für die politischen Entscheidungen eingeräumt werden. Außerdem wären die unter 18-jährigen vermutlich eine der am besten informierten Wählergruppen, da sie im Schulunterricht die Möglichkeit haben, die unterschiedlichen Wahlprogramme zu analysieren und zu diskutieren.

Nicht alt genug?

Immer wieder ist zu hören, dass junge Menschen mit 16 Jahren nicht geschäftsfähig seien und deshalb auch nicht wählen sollten. Doch viele Rechte knüpfen nicht an die Geschäftsfähigkeit an, zum Beispiel das Recht zur Wahl des religiösen Bekenntnisses. Außerdem müssen viele junge Menschen schon vor dem Erreichen der Volljährigkeit Entscheidungen treffen, die ihr gesamtes Leben beeinflussen. So gibt es immer mehr Schulabsolventen, die zwar noch nicht wählen dürfen, sich durch die Entscheidung für einen Ausbildungs- oder Studienplatz aber langfristig binden. Wer Entscheidungen von solcher Tragweite treffen muss, sollte auch den politischen Rahmen seiner Zukunft mitbestimmen können. Es ist also an der Zeit, das Wahlalter auf den Prüfstand zu stellen. ■

Vertraut der Justiz

Im Interview spricht Thomas Fischer über die Bedeutung des Strafprozesses, das Gerechtigkeitsempfinden und die Beschleunigung von Strafverfahren.

INTERVIEW GEFÜHRT VON: JORDI RAZUM



Strafprozesse wie der NSU-Prozess sind nicht nur im Rechtswesen relevant, sondern auch medial, gesellschaftlich und politisch von großer Bedeutung. Ganz allgemein: Welche Bedeutung haben Strafprozesse im demokratischen Rechtsstaat?

Das Strafverfahren hat ganz unterschiedliche Funktionen, Bedeutungen und Bedeutsamkeiten. Zum einen erfolgen für eine spezielle, ganz konkrete Schuld eine Schuldfeststellung und die Bestrafung eines Täters, die, wenn es gut läuft, zur Herstellung von Rechtsfrieden führt. Darüber hinaus hat der Strafprozess eine sehr große symbolische Bedeutung: Er demonstriert, welche Regeln existieren, wie diese Regeln zu befolgen sind und dass sie in der sozialen Wirklichkeit gelten. Insoweit teilt das Strafverfahren die Funktion des Strafrechts insgesamt.

Gerechtigkeit ist ein subjektives Empfinden. In Strafprozessen, die oft von starken Emotionen begleitet werden, zeigt sich das besonders deutlich. Populistische Parteien nutzen dieses öffentliche Erregungspotenzial oft schamlos aus. Welche Folgen hat das in Hinsicht auf die Rechtsprechung und die Bedeutung der Unabhängigkeit der Justiz im Rechtsstaat?

Die Befürchtung, dass sich die Justiz von Stimmungen stark beeinflussen lässt, ist meiner Ansicht nach im Grundsatz nicht berechtigt. Da habe ich großes Vertrauen in die Justiz. Natürlich muss man berücksichtigen, dass Richter immer auch Teil der Gesellschaft sind. Richter sind normale Bürger, wie andere auch, mit denselben Stimmungsschwankungen. Auch Sie sind Tendenzen, Einflüssen, Stimmungen unterworfen. Rechtspolitische Einstellungen und deren Veränderungen, die in der Gesellschaft auftreten, werden sich über kurz oder lang auch in der Richterschaft finden und in Urteilen widerspiegeln. Das bedeutet aber nicht, dass sich einzelne Richter oder



Wir müssen aufpassen, dass wir die Strafjustiz nicht mit Aufgaben überfrachten, die sie nicht erfüllen kann.

THOMAS FISCHER

ist ehemaliger Vorsitzender Richter des 2. Strafsenats des Bundesgerichtshofs und langjähriger Kolumnist für *Die Zeit* und für *Spiegel Online*. Er veröffentlicht jährlich einen vielzitierten Kurzkomentar zum Strafgesetzbuch.

Gerichte in konkreten Verfahren von Demonstrationen, Forderungen oder Empörungsbekundungen leiten lassen.

Gerichtsprozesse ziehen sich teilweise extrem in die Länge. So lange, dass kein Urteil mehr gesprochen werden kann, bevor die Tat verjährt. Das kann zu Frust und schwindendem Vertrauen in den Rechtsstaat führen. Wie können Verfahren vereinfacht und beschleunigt werden, ohne die notwendige Gründlichkeit in der Beweisführung aufzugeben?

Das ist ein seltenes, aber spektakuläres Problem, und die von Ihnen gestellte Frage natürlich die Königsfrage. Das weiß man nicht genau. Es gibt jede Menge Vorschläge, teilweise immer wieder dieselben, teilweise neue. Natürlich ist die Effektivität von Strafverfahren relativ. Es kommt darauf an, wie viel man vom Verfahren und im Verfahren wissen möchte. Wie viel Wahrheit muss ermittelt werden? Wie viel Wirklichkeit muss ermittelt werden, damit das Ergebnis für die Gesellschaft ausreichend legitim ist? Richtig ist, dass Verfahren, die ausufern und letzten Endes ihre unmittelbaren Funktionen nicht erfüllen, auch ihre mittelbaren Friedensfunktionen nicht erfüllen können. So kann der Eindruck entstehen, als sei das ganze Justizsystem nicht funktionsfähig. Außerdem müssen wir aufpassen, dass wir die Strafjustiz nicht mit Aufgaben überfrachten, die sie nicht erfüllen kann. Beim Versuch, solche Ansprüche zu erfüllen, steigt die Gefahr, dass Strafverfahren ihre Struktur verlieren und ausufern. Problematisch ist zum einen die Erwartung einer umfassenden Betreuung aller und Fürsorge für alle Beteiligte, die weit über den Prozess hinausreicht. Zum anderen die Erwartung einer vollständigen Aufklärung von Hintergründen der Tat, bis hin zur Anforderung, rechtspolitische, politische und gesellschaftliche Strukturen zu erhellen und als umfassende Wahrheitsinstanz zu funktionieren. Das kann, glaube ich, mit den Mitteln des Strafprozesses nicht klappen. ■

Endstation Görlitzer Park



Gut ausgebildete junge Männer, die in Deutschland ihr Glück finden wollten, haben ihr Leben verfehlt. Sie ertränken es in Alkohol und Drogen und dealen im Berliner Stadtteil Kreuzberg, um ihre Familien im Senegal zu unterstützen.

TEXT: MOR TALLA GAYE UND DAOUDA MINE

Kleine Gruppen irren durch den Görlitzer Park im Berliner Stadtteil Kreuzberg umher. Mit dabei sind Abdou Laye, H.B. und Modou Diané. Es sind Afrikaner, die sich über Wasser halten, indem sie mit Rauschgift dealen. Die Schicksale sind tragisch, die Lebenswege gewunden und holprig. Sie hatten ein besseres Leben gesucht, fern der Armut Afrikas, und finden sich in der Hölle des Drogenhandels wieder.

Er hatte die besten Voraussetzungen: Abschlüsse von der Universität Düsseldorf, eine deutsche Ehefrau, ein Kind, das ihm Stabilität verlieh, ordnungsgemäße deutsche Papiere, eine eiserne Gesundheit und ein Herkunftsland, Senegal, das er nach Belieben besuchen

konnte. Doch Abdou Laye, ehemals ein brillanter, vielversprechender junger Mann, hat sein Leben verfehlt. Dieser junge Mann, einst voller Schwung, ist heute ein Vierzigjähriger mit glasigem Blick, dem alle Würde abgeht. Ein menschliches Wrack, das Gesicht geschwollen, die Zähne verfault. Abdou Laye verwendet die Vergangenheitsform, wenn er von sich erzählt. Dabei verteidigt er sich mehr, als dass er sich erklärt. „Mein einziges Laster ist der Alkohol; ich trinke, um die Kälte auszuhalten“. In seine Heimat zurückzukehren, ist für Abdou Laye keine Option, schon die Vorstellung bereitet ihm Pein. „Ich denke nicht einmal darüber nach.“ Lieber ertrage er die Einsamkeit und die Kälte des Parks als die fragenden Blicke seiner Familie im Senegal. Wie viele andere westafrikanische Migranten in diesem Park ertränkt er sein Dasein im Alkohol, betäubt sich mit Kokain und dealt mit Drogen.

Durch den dicht mit Bäumen bestandenen Park schlängeln sich schmale Wege. In diese Wälder verkriechen sich die jungen Afrikaner, schwatzen ihre illegalen Waren den Erstbesten auf, die scheinbar zufällig vorbeikommen, ob Touristen oder Einheimische. Deren verlegene Mienen sind ein Signal, das die jungen Afrikaner als Einladung zu lesen

verstehen, ihnen ihre „schmutzige“ Ware anzubieten, in kleine Tüten verpackt, die sie in allen Ecken des Parks in Erdlöchern verstecken.

Einige Afrikaner schließen sich in dieser Lage den großen mafios organisierten Dealern an. So auch Modou Diané, ein Senegalese in den Zwanzigern, Dreitagebart, Hemd und zerschlissene blaue Jeanshose. Er ist aus Italien nach Deutschland gekommen. Dem war ein erzwungener Aufenthalt in Libyen vorausgegangen, wo ihm Grausamkeiten angetan wurden. Als er beginnt, seine Geschichte zu erzählen, verzerrt er sein Gesicht, seine Lippen beben. „Ich wurde zu Unrecht beschuldigt, ein Handy gestohlen zu haben. Ich wurde in libyschen Gefängnissen fast zu Tode geprügelt, weil ein neidischer Libyer meinen Platz im Gewerbe einnehmen wollte“, erklärt er verlegen. Nach zehn Monaten Inhaftierung und Folter kam er wieder frei. Er schlug sich mühsam durch. Eines Tages bot sich die Gelegenheit, das Mittelmeer zu überqueren. Er ergriff sie, und nun gehört auch er zu den Afrikanern im Görlitzer Park. Sein Erzählfluss wird von seinem Handy unterbrochen. Modou kramt in seinen Taschen, eine Nummer aus dem Senegal erscheint auf dem Bildschirm. Das Gespräch ist kurz. Er kehrt mit finsterem Blick zurück. „Das war meine Mutter. Das Geld, das ich ihr geschickt habe, ist aufgebraucht“, sagt er niedergeschlagen. Es ist ihm wichtig zu demonstrieren, dass er sich nicht leichten Herzens, sondern aus Not dem Drogenhandel hingibt.

Fast alle Afrikaner, die den Görlitzer Park bevölkern, haben eine solche Begründung parat. Das gilt auch für H.B., der Jackett, schwarze Jeans und einen Bart trägt. Er spricht fünf Sprachen und ist viel herumgekommen. Als er vor zehn Jahren den Senegal verließ, hatte er ordnungsgemäße Papiere und den Kopf voller Träume. In Frankreich erwarb er einen Studienabschluss. Seine Tätigkeit führte ihn in verschiedene Länder, darunter Brasilien. Aber seine Arbeit brachte kaum genug zum Leben.

Auch aufgrund der Bitten seiner Familie, die im Senegal zurückgeblieben war, beschloss er, für ein besseres Leben nach Deutschland zu



Ich wurde in einem Libyschen Gefängnis fast zu Tode geprügelt, weil ein neidischer Libyer meinen Platz im Gewerbe einnehmen wollte.

MODOU DIANÉ

MOR TALLA GAYE

ist Bereichsleiter „Investigation und Reportage“ beim senegalesischen Observateur.

DAOUDA MINE ist

Direktor für Digitale Medien der senegalesischen Mediengruppe Futurs Médias.

Beide Autoren waren Teilnehmer der Journalisten-Workshops 2018 und 2019 der Friedrich-Naumann-Stiftung.

gehen. Die Gelegenheitsjobs reichten jedoch nicht aus, um seinen vielen Verpflichtungen nachzukommen. Eines Tages entdeckte er den Görlitzer Park, lernte dort Menschen kennen und gehörte schon bald dazu. Die nigerianische Mafia spürte ihn auf und warb ihn an. Sie ist der Großhändler, er der Einzelhändler. „Ich schäme mich dafür, dass ich trotz meines abgeschlossenen Studiums als Drogenhändler arbeiten muss. Aber das ist mein Lebensunterhalt. Nur so kann ich Geld verdienen, das ich dann in meine Heimat schicken kann. Stolz bin ich darauf nicht. Aber was soll ich machen? Ich habe keine Wahl, obwohl mir bewusst ist, dass das, was ich hier mache, nicht gut ist“, sagt er. Er wird von den Gewissensbissen gequält; er wurde als Muslim geboren, hat den Koran studiert und kennt die Verbote seiner Religion. Aber er ist auch von dem heftigen Wunsch erfüllt, seine Familie nicht zu enttäuschen und alles zu tun, um über die Runden zu kommen - was auch immer die Risiken sein mögen.

Als sein Handy klingelt, verschanzt er sich nach einem kurzen Gespräch in einem Haus nahe des Parks. Ein paar Minuten später erscheinen vier muskelbepackte Kerle, Rucksäcke über der Schulter. Das Gespräch ist kurz, die Zeit ist knapp. H.B. zieht ein Bündel Scheine aus der Tasche und reicht es dem Chef. Der hellhäutige Mann wirkt majestätisch, hat gerötete Augen und Rastas auf dem Kopf. Seine Stimme ist heiser. Er zählt die Scheine und grinst. Beim Geld hört die Freundschaft auf. Er wendet sich an einen seiner Gefährten; dieser holt einen Beutel hervor und übergibt ihn H.B., der ihn an sich nimmt. Er schüttet den Inhalt des Beutels aus und sortiert Gras, Kokain und Tabletten. Im Park vergräbt er den Beutel in einem zuvor ausgehobenen Erdloch.

In der Ferne taumelt Abdou Laye, seine Papiere in der Hand. Er hat Mühe, sich auf den Beinen zu halten; der Alkohol zeigt seine Wirkung. Nochmals darauf angesprochen, dass er in den Senegal zurückkehren könnte, antwortet er nur: „Lasst mich hier sterben, das ist mein Wunsch.“ ■

Rück- blende

**Daniel Biskups
Dokumentation zur
Deutschen Einheit
ist berühmt.**
Er porträtierte wie kein
anderer die kleinen
und großen Momente
der Wendejahre.
Wir zeigen eine
Auswahl aus der
Berliner Ausstellung
„Nach dem Mauerfall“.

FOTOS: DANIEL BISKUP

**Osthaarschnitt,
Bitterfeld, 1993.**
Mit der D-Mark wird
auch der Haarschnitt in
Ostdeutschland teurer.
In der DDR gab es ei-
nen Herren-Haarschnitt
für 1,50 DDR-Mark.
Nach der Währungs-
reform: 6 D-Mark.







Unfall bei Halle, 1990.

Promotion-Girls ziehen durch ostdeutsche Städte, um die westdeutschen Zigarettenmarken zu bewerben.



FOTOS: DANIEL BISKUP



Tägliche Demonstrationen vor der Ost-Berliner Stasizentrale, Dezember 1990.



Verabschiedung sowjetischer Soldaten, Berlin, Sommer 1994. Drei Jahre und elf Monate hat der Abzug der sowjetischen Armee aus Ostdeutschland gedauert.



Kult-Krafträder, Chemnitz, Sommer 1991. Die Krafträder der Marke Simson waren zu DDR-Zeiten sehr erfolgreich.



Buna-Leuchtreklame an der Elbbrücke Vockerode, östlich von Dessau, 1991.

Schluss mit der passiven Haltung

Deutschland steht außen- und sicherheitspolitisch vor großen Herausforderungen. Die Politik hat damit Probleme.

TEXT: WOLFGANG GERHARDT

Sicherheitspolitik zählt in Europa wenig. Wir sind heute kaum weiter als im Jahr 1999, als der Balkan-Stabilitätspakt nach dem Ende der Nato-Intervention in Serbien nur wenig öffentliche Aufmerksamkeit fand; in Deutschland rangierte die ihm zugestandene Bedeutung seinerzeit hinter dem Thema Zahnersatz. Doch wir leben in einer Welt, in der wir uns diese sicherheitspolitische Passivität, die nie richtig war, nun wirklich nicht länger leisten können.

Es werden direkt vor unserer Haustür ganz alte und zugleich ganz neue Landkarten aufgeschlagen: Die russische Regierung zum Beispiel ergeht sich in imperialer Nostalgie und dehnt an der Seite der Türkei ihren Einfluss aktuell in Syrien militärisch aus, ermöglicht ausgerechnet von den Vereinigten Staaten. So verändert sich die Weltordnung, geprägt nicht allein von universalistischen Ideen und Institutionen, sondern wesentlich von konkreten Machtkonstellationen. Es haben leider noch nicht alle politisch Verantwortlichen in der Welt gelernt, dass es für Krieg und Gewalt keine vernünftige Kosten-Nutzen-Relation mehr gibt. Der Hintergrund des aktuellen

3 MILLIARDEN DOLLAR HUMANITÄRE HILFSZAHLUNG
hat Deutschland im Jahr 2018 geleistet. Damit ist Deutschland eines der größten Geberländer weltweit.





FOTOS: LOUAI BESHARA/GETTY IMAGES, HELP - HILFE ZUR SELBSTHILFE, DELIL SOULEIMAN/AFP VIA GETTY IMAGES

Der Bürgerkrieg in Syrien hat seit 2011 Hunderttausende Menschenleben gekostet.

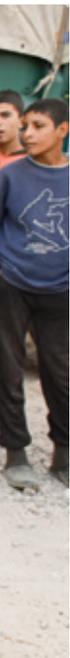
Ein Ende der Kampfhandlungen ist weiterhin nicht in Sicht.

dass sich eine gefährliche Chemie entwickelt. Einige haben inzwischen schon erhebliche Ausmaße erreicht, zum Beispiel die Flüchtlingsströme und die Umweltzerstörung. Vor diesem Hintergrund ist gerade Deutschlands außenpolitische Herausforderung groß, und es ist allerhöchste Zeit, dass sich ein Bewusstsein dafür auch in der innenpolitischen Debatte niederschlägt.

Stattdessen trifft man auf Doppelmoral: Viele Deutsche nehmen die Sicherheitsgarantien anderer Staaten gern an, haben aber große Mühe, solche selbst zu leisten. Man betrachtet Deutschland als Zivilmacht, vergisst dabei aber, dass diplomatische Mittel in kritischen Situationen ohne Wirkung bleiben, wenn sie nicht mit militärischen Möglichkeiten unterlegt sind. Am liebsten möchte man sich aus allem heraushalten. Doch Wegsehen, wenn es an anderen Enden der Welt brennt, ist unmoralisch. „Die Welt wird nicht nur von denen bedroht, die böse sind, sondern auch von denen, die das Böse zulassen“ (Albert Einstein).

Weitgehender Verzicht auf strategisches Denken

Die sicherheitspolitische Passivität Deutschlands hat viele Gründe, darunter die schlecht ausgestattete Bundeswehr und der weitgehende Verzicht der Bundesregierung auf strategisches Denken. Das Bild wird auch nicht besser, wenn Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) nebenbei und reichlich spät einen Vorschlag für eine Schutzzone in Syrien vorbringt und Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) ihr sogleich in den Rücken fällt, ansonsten aber das Weltgeschehen immer nur bedauert und andere Länder ermahnt. Wo war eigentlich diese deutsche Zivilmacht, als der Konflikt in Syrien ausbrach und die Europäische Union ein Verhandlungsformat hätte vorschlagen können? ■



Geschehens ist ein heftiges internationales Ringen um Ressourcen und Chancen. Jedes Land sucht seinen Platz in der Welt, ökonomisch, kulturell, politisch und gesellschaftlich. Es gibt keine festen Stammlätze mehr. Es gibt Auf- und Absteiger, prosperierende Gemeinwesen, gescheiterte und zunehmend scheiternde Staaten, Kriegsökonomien, Diktaturen, die Menschenrechte verletzen. Die Freiheit hat noch lange nicht gewonnen. In vielen Ländern ist sie weiterhin eine „Kerkerblume“ (Heinrich Heine).

Zivilmacht mit Doppelmoral

Viele der Konflikte und Krisen, unter denen die Weltordnung gegenwärtig wankt, kommen aus den Tiefen einer Geschichte, deren Trümmer nie richtig beiseitegeräumt wurden. Solche Konflikte und Krisen brechen nicht etwa sauber geordnet und handhabbar nacheinander aus, sondern oft überlagern sie sich, so-



Kriegerische Konflikte

28 KRIEGE UND BEWAFFNETE KONFLIKTE WURDEN IM JAHR 2018 GEFÜHRT. Der Großteil

der Konflikte konzentriert sich auf den afrikanischen Kontinent, gefolgt vom Nahen Osten und Asien. In Europa ist derzeit ein Krieg zu verzeichnen (Ukraine).

QUELLE: UNI HAMBURG



Kampf gegen Rechtsextremismus

Die Relativierung muss aufhören

SABINE LEUTHEUSSER-SCHNARRENBERGER ist stellvertretende Vorsitzende des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, die Schüsse auf einen Eritreer im südhessischen Wächtersbach, zuletzt der Anschlag auf die Synagoge in Halle: Rechtsextremistische und antisemitische Übergriffe erschüttern immer wieder. Die Hintergründe sind seit Langem bekannt und wurden spätestens mit dem Schulterchluss von AfD, Hooligans und Neonazis im Sommer 2018 in Chemnitz für alle sichtbar. Viele Experten warnen seit Jahren davor, dass eine weitere Radikalisierung zu erwarten ist. Gewaltbereite Rechtsextremisten suchen immer offener die Konfrontation mit dem Rechtsstaat, die explosionsartige Zunahme der rechts motivierten Gewalt ist beispiellos.

Mehr als 8.500 rechtsextreme Straftaten wurden allein im ersten Halbjahr 2019 registriert. Die Dunkelziffer dürfte weitaus höher sein. Laut Verfassungsschutzbericht sind 24.000 Rechtsextreme in Deutschland aktiv, die Hälfte davon gewaltbereit, oft in Netzwerken organisiert. Die Qualität und das Ausmaß der Gewalt verdeutlichen, dass wir unseren gesellschaftlichen Umgang mit dem Rechtsextremismus neu denken müssen. Wir benötigen eine stärkere Sensibilität für rechte Gewalt aus der Mitte der Gesellschaft - und endlich auch aus der Politik. Mit ihrer Relativierung muss es aufhören.

Handfeste Maßnahmen wie eine strukturelle Reform des deutschen Sicherheitsapparates sind notwendig. 17 Verfassungsschutzämter, das Bundeskriminalamt und der militärische Abschirm-

dienst machen aus der staatlichen Sicherheitsarchitektur einen löchrigen Flickenteppich. Eine Reduzierung auf wenige Schwerpunktbehörden muss endlich den Informationsaustausch untereinander verbessern. Um im Kampf gegen den Rechtsextremismus wehrhaft zu sein, braucht die Demokratie effizient arbeitende Polizeibehörden und Nachrichtendienste - und Mitarbeiter mit der auf allen Ebenen notwendigen Sensibilität, unsere Demokratie gegen gewaltbereite Rechtsextreme zu verteidigen.

Stattdessen versucht die Bundesregierung derzeit, mit einem Sammelsurium vereinzelter und wenig erfolgversprechender Maßnahmen Handlungsstärke zu demonstrieren. So sollen Betreiber sozialer Medien verpflichtet werden, strafrechtlich relevante Inhalte den Sicherheitsbehörden zu melden. Das reicht bei Weitem nicht aus, gibt es doch längst bessere Maßnahmen. Das „Sonderdezernat für gravierende Fälle politisch motivierter Hassreden im Internet“ des Landes Nordrhein-Westfalen ist ein leuchtendes Vorbild für die Justiz - nur leider eben nicht für die Bundesregierung. Auch die geforderten Verschärfungen des Strafrechts, deren Abschreckung bestenfalls gering ist, wirken hilflos. Ein koordinierter „Pakt gegen den Hass“ von Bund, Ländern, Justiz und Polizei sieht anders aus.

Von Prävention ganz zu schweigen. Eine aktive Gefährderansprache in der rechten Szene ist notwendig. In der Hooligan- und Islamistenszene wird diese Methode bereits seit Jahren erfolgreich angewandt - warum nicht auch viel stärker bei Rechtsextremisten? ■

Wirtschaft

Klimaschutz

Technologien statt Verbote

Thomas Straubhaar über innovativen Klimaschutz, von dem alle profitieren.

ANALYSE / 41



FOTO: CHRIS BARBALIES / GETTY IMAGES, PRESSE SUNFIRE, ILLUSTRATION: PETER JAMES FIELD/AGENCYCRUSH.COM

Mobilität

Synthese für den Klimaschutz

Wie ein sächsisches Unternehmen den Treibstoff der Zukunft entwickelt.

FIRMPORTRÄT / 44

Klimapaket

Ein planwirtschaftlicher Albtraum

Karl-Heinz Paqué kommentiert das Klimapaket der Bundesregierung.



KOLUMNE / 50



Willkommen im neuen Kopenhagen

Smart City: Diese Idee wird bei unserem nördlichsten Nachbarn Realität. Trotz wachsender Bevölkerung wird die Lebensqualität durch Vernetzung verbessert. In Deutschland gelten dagegen schon moderne Verkehrsleitsysteme mit der Anzeige freier Parkplätze als Fortschritt.

TEXT: ANDRÉ LEHMANN

ILLUSTRATION: ROBERT SAMUEL HANSON

Wieder einmal haben unsere nördlichen Nachbarn bei der Digitalisierung die Nase vorn. Die Dänen wollen ihre Hauptstadt Kopenhagen bis zum Jahr 2025 zur Smart City und zur CO₂-neutralen Stadt machen. In Kopenhagen soll dann nur noch so viel Treibhausgas ausgestoßen werden, wie man selbst binden kann. Als Teil der Strategie zur Stadtentwicklung hat deshalb die international erste Platt- ▶

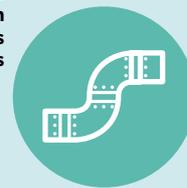
Bedarfsorientierte Müllentsorgung



Digitale Lärmschutzsysteme erhöhen die Lebensqualität



Sensoren überprüfen den Zustand des Abwassersystems



Echtzeitkontrolle
der Wasserqualität



Verkehrslit-
systeme reduzieren
CO₂-Emissionen

Auswertung
von Wetterdaten
zur Senkung
des Energie-
verbrauchs



Echtzeitkontrolle
der CO₂-Emissionen
zur Verbesserung
der Luftqualität



Optimierung des
Energieverbrauchs
von Gebäuden



Nutzung
natürlicher
Ressourcen für
klimaneutrale
Energie-
erzeugung



form den Betrieb aufgenommen, die es allen Beteiligten erlaubt, anonymisierte Daten in großem Umfang auszutauschen. Es kommt nicht länger zu Datensilos, also zu abgeschoteten Datensätzen ohne Vergleichbarkeit. Zudem wird die Analyse der Daten nun auch demjenigen möglich, der sich deren Erhebung nicht leisten kann. Die liberale Überzeugung, dass von öffentlichen Stellen erhobene Daten frei zugänglich sein sollten, stößt hier an ihre Grenzen. Eine Trennung von kostenfreien und kostenpflichtigen Inhalten schwächt die Grundidee des Marktplatzes, die in der Kombination aller verfügbaren Daten liegt. Der kostenlose Zugang schmälert den Anreiz privater Unternehmen, selbst Daten zu erheben, auch wenn sie die nötigen Mittel zur Verfügung haben. Sie hoffen darauf, dass andere diese Aufgabe übernehmen, wodurch letztendlich weniger Informationen verfügbar sind. Ein Abo für den vollen Zugriff auf den Daten-Marktplatz scheint die beste Lösung zu sein. Davon unabhängig steht dieser Marktplatz namens „City Data Exchange“ Privatunternehmen und öffentlicher Verwaltung gleichermaßen offen.

Damit erweist sich Kopenhagen als problemorientierter und innovativer als viele andere Städte - ganz ohne eine fertig ausformulierte Smart-City-Strategie.

Die Gemeinschaft profitiert

Das Problem, mit dem Großstädte überall auf dem Globus konfrontiert sind, ist letztlich das Ergebnis ihrer Attraktivität. Immer mehr Menschen ziehen dorthin, die Luftverschmutzung wächst, ein Verkehrsinfarkt droht. In der dänischen Hauptstadt, die als fahrradfreundliche Stadt bekannt ist, wird es selbst für die Drahtesel auf den Straßen eng. Doch man hat sich das Ziel gesetzt, dass die Lebensqualität der Einwohner unter dem andauernden Zugang nicht leiden soll, und der vielfältig einsetzbare „City Data Exchange“ zeigt, wie digitale Antworten auf solche strukturellen Herausforderungen aussehen können. Er ist in Zusammenarbeit mit einem japanischen Technolo-

SMARTE ZIELE, SMARTE UMSETZUNG



CO₂-EMISSIONEN

Bis zum Jahr 2025 möchte Kopenhagen CO₂-neutral werden.



ZERO WASTE

Intelligente Abfallwirtschaft und Recycling sollen Müll erst gar nicht entstehen lassen.



ABWASSERSYSTEME

Kläranlagen sollen durch Digitalisierung und Innovationen effizienter werden.

gieunternehmen entstanden, das zum Start der Plattform die ersten Apps lieferte.

Die erste App ermöglicht es Endverbrauchern und Unternehmen, mithilfe von Daten der dänischen Energieversorger, den eigenen CO₂-Fußabdruck und Energieverbrauch zu berechnen und zu vergleichen. Die zweite App hilft den Bürgern, ihre Nutzung von Fahrrad, Auto und öffentlichen Nahverkehrsmitteln zu analysieren. Dabei kann die Anwendung nicht nur den jeweiligen Weg verfolgen, sondern ihn auch optimieren, zum Beispiel im Hinblick auf Zeitersparnis und Emissionsreduktion. Davon profitiert nicht nur der Einzelne, sondern auch die Gemeinschaft, denn eine effiziente Nutzung von Fortbewegungsmitteln verbessert die Verkehrsströme und vermeidet Staus.

Stressfreier, sicherer, sauberer

Apps können den besten Weg über verschiedene Verkehrsmittel hinweg errechnen, weil genügend vergleichbare Daten in Echtzeit zur Verfügung stehen. Außerdem können die Behörden mithilfe der Plattform die Verkehrsströme besser lenken, weil ihnen nun Daten über die Auslastung der öffentlichen Verkehrsmittel und der Straßen zur Verfügung stehen. Staus lassen sich vermeiden, indem man die Ampelschaltung an den Verkehr anpasst. Parkplätze und Ladesäulen für Elektroautos werden digital verwaltet.

Der „City Data Exchange“ wird jedoch nicht nur den Verkehr revolutionieren, sondern auch verschiedene städtische Dienstleistungen. Künftig werden intelligente Sensoren in Mülleimern platziert sein, um dort Daten zu erheben, die den Behörden helfen, die Abfallentsorgung effizient, sauber und umweltschonend zu gestalten. Eine ähnliche Aufgabe übernehmen intelligente Sensoren in den Abwasserkanälen. Die Großstadt der Zukunft wird stressfreier, sicherer und sauberer sein als bisher - und auf dem Weg dahin gehen die fortschrittsbegeisterten Dänen wie so oft beherzt voran. ■



Askese ist gut, Innovation ist besser

Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung.

Über potenzielle Lösungswege herrscht Uneinigkeit. Klar ist: Vielversprechend ist nur die Flucht nach vorn.

TEXT: THOMAS STRAUBHAAR

Fridays for Future hat recht. Der Klimawandel, die Erderwärmung, der Kollaps der ökologischen Gleichgewichte in den Ozeanen durch Mikroplastik oder Überfischung, die Zerstörung der Regenwälder durch Abholzung und Flächenbrände, die Rückkehr des Waldsterbens, die Ausrottung einzelner Tierarten - all das sind existenzielle Herausforderungen für die Menschheit. Die unumkehrbaren ökologischen Veränderungen gefährden das Überleben kommender Generationen. Die ►



„Doomsday clock“ - die Uhr, die anzeigt, wie viel Zeit noch vor dem Weltuntergang bleibt - steht auf zwei Minuten vor zwölf. Mitte des zurückliegenden Jahrhunderts war die Apokalypse noch sieben Minuten entfernt. Es wird eng werden, noch rechtzeitig zu reagieren und das Schlimmste abzuwenden. Die ökologischen Zukunftsrisiken ins Zentrum heutiger Diskussionen zu rücken, das Bewusstsein dafür zu schärfen sowie Verhaltensänderungen einzufordern, ist ein riesiger Verdienst der Fridays-for-Future-Bewegung.

Technologien statt Verbote

So überzeugend die Analyse ausfällt, so sehr bleibt jedoch auch zu hinterfragen, ob der zur Problemlösung eingeforderte Weg von „Verzicht und Verbot“ wirklich die am meisten Erfolg versprechende und damit beste ökologische Gegenstrategie ist. Könnten nicht vielmehr Innovationen auf allen Ebenen - ökonomisch, gesellschaftlich und politisch, in Produktion und Konsum, beim Bauen und Heizen, im Zusammenhang mit Logistik und Mobilität - effizienter, effektiver und nachhaltiger den Klimawandel verhindern und die Umwelt schützen?

Eine „Verzichts- und Verbotsstrategie“ verkennt, dass die überragende Mehrheit der



Fridays for Future

IM AUGUST 2018 BEGANN DIE SCHWEDISCHE SCHÜLERIN GRETA THUNBERG VOR DEM SCHWEDISCHEN PARLAMENT FÜR MEHR KLIMASCHUTZ ZU DEMONSTRIEREN. Ihr Protest entwickelte sich zu einer globalen Bewegung, getragen von Schülern und Studenten. Beim ersten weltweit organisierten Klimastreik am 15. März 2019 kamen fast 2 Millionen Menschen zusammen, um auf den Klimawandel aufmerksam zu machen.

Menschheit immer noch in Armut lebt und Opfer, nicht Verursacher des Klimawandels ist. Den Armen und Ärmsten das Hohelied von Askese und Entsagung zu singen, wirkt nicht nur ein wenig zynisch. Es verkennt komplett, was Menschen, die mit kaum mehr als dem Notwendigsten und oft mit noch weniger leben müssen, wirklich wichtig ist. Wer wenig oder nichts hat, will - meist mehr noch für die Nachkommen als für sich selbst - zuallererst ein besseres Leben mit mehr und nicht weniger Verbrauch, Mobilität und Genuss. Da kommt zwangsläufig die Ökonomie vor allem anderen. Erst wenn das Überleben sichergestellt ist, folgt die Ökologie - nicht nur in weniger entwickelten oder aufstrebenden Weltregionen. Es ist in den weniger wohlhabenden Teilen europäischer oder nordamerikanischer Gesellschaften nicht anders.

Einzig neue Technologien vermögen die Erwartung und den Anspruch von Milliarden Menschen auf ein besseres Leben mit der ökologischen Tragfähigkeit der Erde in Einklang zu bringen. Alles andere muss scheitern. „Verzicht und Verbot“ sind keine Option für eine Welt mit einer bis in zehn Jahren von 7,7 auf 8,5 Milliarden - um ein Zehntel - und bis 2050 auf fast 10 Milliarden Menschen - um ein Viertel - anwachsenden Bevölkerung (so die

Auf

2,0

Grad Celsius

SOLL DIE ERDERWÄRMUNG BIS ZUM JAHR 2100 GEGENÜBER DEM NIVEAU VOR DER INDUSTRIALISIERUNG BEGRENZT WERDEN.

Das Zwei-Grad-Ziel wurde 2015 im Pariser Klimaabkommen festgelegt.

Bis

2100

RECHNET DER WELTKLIMARAT MIT EINEM MITTLEREN GLOBALEN TEMPERATURANSTIEG ZWISCHEN 1,8 UND 4,0

GRAD CELSIUS. Eine solche Änderung der globalen Temperatur wäre größer als alle bisher gemessenen natürlichen Temperaturschwankungen. Eine so rapide Veränderung kam in den letzten 10.000 Jahren nicht vor.

aktuelle „mittlere“ Prognose der Vereinten Nationen vom Juni 2019). Für eine Askese fehlen individuelle Einsicht und gesellschaftliche Akzeptanz. Und selbst wenn Einsicht und Akzeptanz gegeben wären, bliebe die Dynamik von ökonomischen Aufholeffekten und demografischem Wachstum stärker als die ökologischen Bremseffekte von Verboten und Verhaltensänderungen. In Summe aller Effekte wäre der Klima- und Umweltkollaps nicht mehr zu verhindern.

Der Norden ist in der Pflicht

Um es klipp und klar auszudrücken: Der Norden der Welt hat auf seinem langen Weg zu Wohlstand insbesondere in den vergangenen hundert Jahren der Menschheit schwerwiegende ökologische Risiken heraufbeschworen. Nun ist es auch seine Pflicht, die damit einhergehenden Herausforderungen zu bewältigen und gleichzeitig dem Süden zu mehr Wohlstand für alle zu verhelfen - allerdings ohne mehr Erderwärmung und Umweltbelastung. Bessere Technologien sind deshalb die stärkste, beste und wohl einzige Strategie für nachhaltigen Erfolg.

Wenn dem Norden als Antwort auf die ökologischen Zukunftsherausforderungen nur „Verzicht und Verbot“ einfallen, ist das schlicht blamabel und eine Bankrotterklärung der Innovationspolitik. Dafür gibt es keine handfeste Berechtigung. Ein defensives pessimistisches Umschalten in den Rückwärtsgang

entspricht in keiner Weise dem heutigen Forschungsstand von Wissenschaft und Technik und der immensen Fülle des aktuellen technologischen Wissens.

Die Forderung nach Askese und Umkehr strotzt von Zukunftspessimismus und Technologiefeindlichkeit. Sie wird in keiner Weise der Intelligenz, dem Wissen, dem Mut und der Aufbruchstimmung einer so klugen wie engagierten Fridays-for-Future-Bewegung gerecht. Vielmehr entspricht sie einem sonst vor allem bei Älteren weitverbreiteten Vorurteil, dass kommende Generationen nicht in der Lage seien, mit Neugier und Verstand, Kreativität und Risikofreude, künstlicher Intelligenz und klugen Algorithmen auf allen Ebenen und in jeder Alltagssituation komplett neue, pfiffige, smarte, grüne Problemlösungen zu entwickeln.

Flucht nach vorn

Dabei kennt niemand die grandiosen Chancen von Digitalisierung und Datenökonomie besser als die nachrückende Generation. Sie weiß oder wird herausfinden, wie sich auf breiter Front die Produktivität auf allen Ebenen steigern lässt, wie die Fabrikationsprozesse entlang der Wertschöpfungsketten zu optimieren sind und wie man mit weniger ökologischem Aufwand mehr Menschen mit mehr ökonomischem Wohlstand versorgen kann. Oft sind es die Bedenken der Alten und nicht die Fähigkeiten der Jungen von heute, die Zweifel schüren, dass die Generationen von morgen so intelligent und innovativ sein werden, wie es die Vorfahren waren.

Nüchtern und unideologisch betrachtet, bleibt somit mehr denn je gültig, was lang schon gilt: Askese mag gut sein, Innovation ist besser. Einzig eine Flucht nach vorn zu neuen Technologien, nicht jedoch ein Zurück zu alten Denkweisen der Vergangenheit sichert den Kindern und Kindeskindern in einer Welt mit bald einmal 10 Milliarden Menschen das Überleben in Wohlstand und im Einklang mit Klima und Umwelt. ■



Der Norden der Welt hat auf seinem langen Weg zu Wohlstand schwerwiegende ökologische Risiken heraufbeschworen.

THOMAS STRAUBHAAR ist Ökonomeprofessor an der Universität Hamburg und Direktor des Europa-Kollegs. Seit 2011 gehört er dem Kuratorium der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit an.

Sauber tanken statt Auto aufladen

Jedermann setzt heute auf Elektromobilität.

Das bedeutet weitreichende Umstellungen. Dabei muss der Verbrennungsmotor noch lange nicht ausgedient haben. Das Dresdner Start-up Sunfire zeigt, dass CO₂-Neutralität im Verkehr dank einer neuen Technologie auch anders geht: mit synthetisch hergestelltem Sprit. Nur die politischen Rahmenbedingungen erschweren solche Innovationen.

TEXT: PETER HEIN



Auf den ersten Blick sieht das schwarze Gitternetz alles andere als spektakulär aus. Jedenfalls nicht so spektakulär, wie es die Ergebnisse des Hochtemperatur-Elektrolyseurs erwarten lassen, den die Ingenieure der Sunfire GmbH auf dem Werksgelände nahe Dresden montieren. Doch dahinter steckt eine Technologie, die das Potenzial hat, die Diskussion um die Energiewende in Deutschland neu aufzurollen – wenn denn die Politik bereit dazu wäre.

Kraftstoff mit CO₂-neutraler Bilanz

Das Gitternetz ist eigentlich eine Membranfolie, die zusammen mit Hunderten weiteren das Herzstück der Anlage bildet. Die Membranen werden unter Strom gesetzt und Wasserdampf wird an ihnen entlangeleitet, sodass sich der Dampf aufspalten und Wasserstoff abscheiden lässt. Das Ganze nennt sich Elektrolyse und ist in der Schule Standardlehrstoff im Chemieunterricht. Wenn man dem Wasserdampf Stickstoff beimischt, kommt aus dem Reaktor in dem Power-to-X-Verfahren genannten Prozess Ammoniak heraus.

Bekannt ist das Verfahren seit Langem. Die praktische Umsetzung für eine industrielle An-



Offenbar tut sich die Politik schwer, Lösungen zu akzeptieren, die ihr Mantra angreifen.

NILS PHILIPP ALDAG

ist Mitbegründer der Sunfire GmbH mit Sitz in Dresden. Das Unternehmen produziert Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren technischen Gasen und Kraftstoffen.

wendung galt allerdings als technisch herausfordernd. Elektrolyseure brauchen viel Strom, und die Ausbeute an Wasserstoff fiel oft mager aus. Für dieses Problem hat das Dresdner Start-up Sunfire eine Lösung gefunden. „Mit unseren Anlagen haben wir eine effiziente Form der Elektrolyse entwickelt, mit der wir den Wirkungsgrad um 20 Prozentpunkte gegenüber dem heutigen Stand der Technik verbessern konnten“, sagt Nils Philipp Aldag, Mitgründer von Sunfire.

„Während konventionelle Verfahren mit Wasser arbeiten, starten wir schon mit Wasserdampf“, erklärt Aldag. So ist weniger Energie notwendig, um die Flüssigkeit vollständig zu verdampfen. Der Clou des Sunfire-Reaktors ist jedoch, dass er auch Kohlendioxid mit in den Elektrolyse-Prozess aufnehmen kann. Der Mix aus Wasserdampf und CO₂ spaltet sich im Reaktor in Wasserstoff und Kohlenmonoxid auf. „Die Verbindung der beiden Moleküle bildet die chemische Plattform, aus der heraus sich alle gängigen Brennstoffe produzieren lassen, die wir heute aus Erdöl und Erdgas erzeugen“, erläutert Aldag. Dazu gehört synthetisch hergestelltes Benzin, das in konventionellen Motoren verbrannt werden kann. Dabei entsteht zwar die gleiche Menge CO₂ wie bei Sprit aus Erdöl, aber eben nur so viel, wie zu Anfang des Reaktorverfahrens der Atmosphäre entzogen wurde. „Kommt der Strom zum Betrieb der Anlage aus

Um 55

PROZENT MÖCHTE DIE BUNDESREGIERUNG DEN AUSSTOSS VON TREIBHAUSGASEN GEGENÜBER 1990

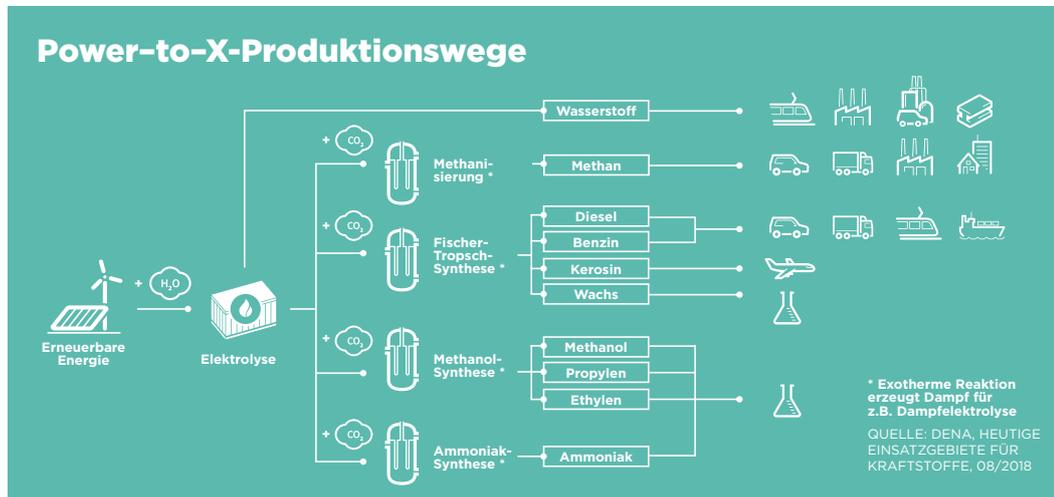
Nach aktuellen Prognosen wird Deutschland dieses Ziel bis 2030 nicht erreichen. Ursache dafür ist unter anderem die große CO₂-Belastung durch den Verkehr.

regenerativen Energien, fällt die gesamte CO₂-Bilanz neutral aus.“

Kein fairer Wettbewerb

Ob Aldag und seine Mitstreiter ihre Kraftstoffe in Deutschland anbieten können, ist jedoch fraglich. „Synthetische Flüssigkraftstoffe sind in Deutschland nicht für den Straßenverkehr zugelassen. In den Regularien der EU werden sie zudem benachteiligt. Der stark regulierte Markt muss geöffnet werden, wenn wir es mit dem Klimaschutz ernst meinen.“ Mit Subventionen bevorzugt die Politik Batterie und Biokraftstoffe. Ein Beispiel ist die EU-Richtlinie zu erneuerbaren Energien. Sie peilt einen Anteil von erneuerbaren Energien von 14 Prozent im Verkehr an. In der Richtlinie ist jeder Prozentpunkt, den Elektromobile dazu beitragen, mit dem Faktor vier gewichtet. Der Beitrag durch synthetische Kraftstoffe hingegen zählt nur eins zu eins. „Diese Ungleichgewichtung ist eine Benachteiligung von synthetischen Kraftstoffen. Es gibt darin keine Technologieoffenheit und Neutralität“, gibt Aldag zu bedenken. Erschwerend kommt hinzu, dass Erdöl und Erdgas zu billig sind, weil die Umweltbelastung der fossilen Energieträger nicht einkalkuliert wird. So entsteht ein Wettbewerbsnachteil für neue Energietechnologien. Diese sind wegen ihrer hohen Entwicklungskosten anfangs sehr teuer. Statt für

fairen Wettbewerb zu sorgen, blenden die Verantwortlichen synthetische Kraftstoffe aus ihren Überlegungen bewusst aus. „Offenbar tut sich die Politik schwer, Lösungen zu akzeptieren, die ihr Mantra angreifen“, stellt der Sunfire-Gründer resigniert fest. „Dabei können wir es uns gar nicht erlauben, Technologien wie der Elektrolyse auf Dauer den Riegel vorzuschieben.“



Liberalismus wegen und nicht trotz China

Chinesische Unternehmen werden von der Regierung massiv subventioniert. Ist unser Wirtschaftssystem im Wettbewerb mit dem Staatskapitalismus der Volksrepublik noch konkurrenzfähig?

TEXT: TIMO BREMER

Der chinesische Staatskapitalismus geht mit einem beispiellosen Wirtschaftswachstum einher.

China macht Angst. Ob die liberalen Demokratien des Westens wohl in der Lage sind, im Wettstreit mit dieser von einem autoritären Regime langfristig strategisch gesteuerten, dynamischen Volkswirtschaft zu bestehen? Und ob es wohl unter solchen Bedingungen noch immer richtig ist, an den Prinzipien einer liberalen Wirtschafts- und Handelspolitik festzuhalten? Die industriepolitischen Überlegungen der Bundesregierung sind von dieser Sorge geprägt. Schließlich hilft die chinesische Regierung kräftig nach, um den für strategisch wichtig erklärten Unternehmen des Landes eine dominante Stellung zu verschaffen. Auf dem Heimatmarkt genießen sie Schutz vor ausländischer Konkurrenz. Direktinvestitionen sind häufig auf Joint Ventures mit Technologietransfer beschränkt oder verboten. Die Regierung gewährt gezielt versteckte Subventionen, beispielsweise lockere Umweltauflagen und Nachsicht der Behörden bei rechtlichen Fehlritten. Darüber hinaus nutzt sie ein breites Instrumentarium an direkten Subventionen, zum Beispiel billige Kredite aus dem staatlich gelenkten Finanzwesen. Schon das Wissen darum reicht, um es für andere Unternehmen oder Investoren unattraktiv zu machen, als Wettbewerber aufzutreten. Diese Politik droht nun auf neue Bereiche entlang der Wertschöpfungskette ausgedehnt zu werden, insbesondere auf Zukunftstechnologien. Die „Made in China 2025“-Initiative gibt einen Anhaltspunkt dafür.

Staat ist schlechter Unternehmer

Ein liberales Verständnis von Wettbewerb und wirtschaftlicher Entwicklung könnte in dieser Situation Deutschland dabei helfen, eine strategisch geschicktere Position gegenüber China einzunehmen. Im Vordergrund steht dabei die Einsicht, dass der Staat ein schlechter Unternehmer ist. Mit genug Geld kann eine Regierung zwar einzelnen Unter-

nehmen zunächst eine Führungsrolle erkaufen - aber solche Interventionen sind für den Steuerzahler teuer, weshalb sie zumeist nur auf einige wenige Branchen beschränkt sind. So verzerren sie zusätzlich die Wirtschaftsstruktur eines Landes und beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit anderer Branchen.

Selbstbewusstsein und Stärke

Der Staat kann Pionierunternehmen und Dominanz in Wachstumsbranchen formen, doch er nimmt damit Kapital und Talente in Beschlag, die an anderer Stelle womöglich größere Chancen hätten. Er kann Know-how aus dem Ausland einkaufen, aber neues Wissen entsteht nur durch versierte Arbeitskräfte, die durch gute Bedingungen angelockt werden wollen. Der chinesische Staat wird nur so lange Marktmacht für seine Unternehmen anhäufen können, solange er diese nicht missbraucht. Das bedeutet, dass die westliche Politik nicht über jede neue Wendung des chinesischen Staatskapitalismus in Wallung geraten muss. Stattdessen gilt es mit Selbstbewusstsein und Stärke zu bewährten liberalen Prinzipien zu stehen und durch ökonomischen Erfolg zu überzeugen.

Im Inneren folgt daraus die Notwendigkeit, politisch umzusteuern. Gegenwärtig hat Deutschland wie auch andere europäische Länder die unselige Neigung, infolge einer üppigen Forschungsförderung universitär in vielen Bereichen führend zu sein, ohne dass dieser Vorsprung aber in neuen, innovativen Unternehmen Widerhall findet. Und die industriepolitischen Ziele, die man sich setzt, werden zumeist verfehlt - das war im Fall der Solarenergie so, und so wird es wieder im Fall der Batteriezellen sein. Weniger staatliches Dirigieren könnte nicht nur den Westen in seiner Kritik gegenüber China glaubwürdiger machen, sondern auch Talent und Kapital für produktivere Verwendungen freistellen. Auch mit ausländischen Unternehmen gilt es besser umzugehen. ▶



FOTO: ANSONMIAO / GETTY IMAGES

Wirtschaft

Motorroller sind ein gewohntes Bild in chinesischen Großstädten - inzwischen aber elektrisch.

Nichttarifäre Handelshemmnisse in der Form von Regulierungen, die Produktstandards so hoch oder so spezifisch ansetzen, dass beinahe ausschließlich heimische Unternehmen die entsprechenden Produkte liefern können, machen ihnen die Arbeit allzu schwer. Ein liberaler Ansatz würde stattdessen nahelegen, zum Beispiel alle Produkte, die in anderen OECD-Ländern zugelassen sind, automatisch auch auf dem heimischen Markt zuzulassen. So käme ein intensiverer Wettbewerb zustande, und das auf einem größeren, zusammenhängenden Markt.

Mit etwa 1,3 Milliarden Menschen wäre ein solcher Binnenmarkt mit dem chinesischen Markt vergleichbar und würde mehr Spezialisierung und Wissensteilung ermöglichen. Vielleicht am meisten zu tun bleibt allerdings im Hinblick auf Unternehmensunabhängigkeit und Kapitalmarktentwicklung. Zwischen staatlichen Fördertöpfen, KfW-Programmen und dem Rest des staatlich dominierten Bankgewerbes bleiben der Einfluss privaten Kapitals und der Kapitalmarkt ein zartes Pflänzchen. Spanien hat fast siebenmal so viele Aktiengesellschaften wie Deutschland, Südafrika verfügt gemessen an der Wirtschaftsleistung über eine etwa fünfmal so hohe Marktkapitalisierung wie Deutschland. Auch der Anteil des Sparvermögens, das - trotz steuerlicher Schlechterstellung und regulatorischer Hürden, die Geld in risikoarme Staatsanleihen umlenken - seinen Weg in den Aktienmarkt findet, ist im internationalen Vergleich sehr gering.

Grundfesten der freien Gesellschaft

Im 19. Jahrhundert hat man Aktiengesellschaften als ein unkompliziertes Instrument verstanden, das es Privatleuten erlaubt, sich ohne große Eintrittsbarrieren für einen gemeinsamen unternehmerischen Zweck zusammenzutun. Sie sind Teil der Grundfesten einer freien, wirtschaftlich anpassungsfähigen Gesellschaft. Als Aktiengesellschaften



Ein liberales Verständnis von Wettbewerb kann helfen, eine strategisch geschicktere Position einzunehmen.

TIMO BREMER studierte Volkswirtschaftslehre in Amsterdam und arbeitet seit 2017 bei der Deutschen Rohstoffagentur. Er ist Altstipendiat der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

sind aber nicht nur Banken, Versicherungen und Bauunternehmen oder andere klassische Gewerbe verfasst, sondern sie können auch zur Bereitstellung öffentlicher Güter dienen, zum Beispiel Parks, Theater, Schwimmbäder, Eisenbahnen, Reitbahnen und Zoos. Wenn es gelänge, diese Finanzierungskultur wiederzubeleben, ließen sich Kapitalakkumulation und Kapitalallokation deutlich verbessern, die Hürden für das private Unternehmertum würden geringer - und der Erfolg gäbe auch den Chinesen eine andere Richtschnur.

Was ein liberales Verständnis nicht aus dem Weg räumen kann, sind ernst zu nehmende, über wirtschaftliche Aspekte hinausgehende, unter anderem sicherheitspolitische Ängste und Bedenken gegenüber China als autoritärem Staat. Staatlich hochgezüchtete Unternehmen in China haben immer eine politische Rolle. Sie sind Teil des Systems; viele müssen Parteizellen in die Führungsstruktur einbinden. Mit derartigen Bedenken gilt es indes besonnen umzugehen, und wirtschaftliche Interessen sollten in der Abwägung nicht im Vordergrund stehen. Sonst droht sich die Interventionsspirale immer weiter zu drehen und Deutschland läuft Gefahr, politische Glaubwürdigkeit, wirtschaftliche Dynamik sowie auch das zu verlieren, was eine liberale Ordnung vom chinesischen System unterscheidet. ■

Nicht wieder die Vermögensteuer

Arbeitsmarkt, Sozialsysteme, Steuern - in vielen Bereichen hat Deutschland dringenden Reformbedarf und braucht neue Ideen.
An dieser Stelle erörtern wir drängende ordnungspolitische Fragen.

TEXT: KAREN HORN

Endlich reden wir in Deutschland wieder ausgiebig über die Wirtschaftspolitik. Den Anlass liefern oft die Sozialdemokraten, die in ihrer Existenznot so manche Sau durchs linke Dorf treiben. Gerade erst hatte Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) durchgesetzt, dass der Solidarzuschlag nicht vollständig abgeschafft wird, und schon kam die Vermögensteuer. Nicht schon wieder!

Recht hat die SPD ja damit, dass jüngere wissenschaftliche Studien die für viele Menschen anstößige Vorstellung relativieren, die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen sei etwas Gutes, weil sie die wirtschaftliche Dynamik befördere. Empirisch sieht es danach aus, dass materielle Ungleichheit jenseits eines bestimmten Ausmaßes tatsächlich lähmend wirkt. Recht hat die SPD auch damit, dass die

Vermögensteuer das Land nicht gleich ruinieren würde. Andere Staaten haben sie auch und leben gut, zum Beispiel die Schweiz. Recht hat die SPD zudem damit, dass der Einwand nicht zieht, die Erhebung sei so teuer, dass sie nicht lohne. Das war einmal so - 30 Prozent der Erträge gingen bis zur Abschaffung der Vermögensteuer 1996 für Verwaltungskosten drauf. Aber es geht günstiger.

Umso weniger wird man im linken Spektrum irgendwen von der Unsinnigkeit der Vermögensteuer überzeugen, indem man androht, dass eine solche Steuer die Vermögenden außer Landes treiben werde, was die Besteuerungsbasis auch für die Einkommen- und andere Steuern schrumpfen lasse. Mag sein, aber argumentativ macht das die Sache nur noch schlimmer: Seht, so unsolidarisch sind die! „Superreiche müssen einen größeren Beitrag für Investitionen in Infra-



Sollten öffentliche Investitionen in Zeiten von Niedrigzinsen nicht besser per Kredit finanziert werden als mit einer wachstumshemmenden Steuer?

KAREN HORN lehrt ökonomische Ideengeschichte und Wirtschaftsjournalismus an der Universität Erfurt. Zudem ist sie Chefredakteurin der Fachzeitschrift *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* (PWP).

struktur, Wohnen und für den Klimaschutz leisten“, forderte der ehemalige SPD-Vorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel. Weil es vielen Menschen tatsächlich um gesellschaftliche Solidarität geht, müssen auch die polemischen Schlagworte von Neiddebatte und Populismus Bockigkeit hervorrufen.

Derlei würde von ökonomischen Argumenten ohnehin nur ablenken. Wie wäre es stattdessen erstens mit der Frage, ob öffentliche Investitionen in Zeiten von Niedrigzinsen nicht besser per Kredit zu finanzieren sind als mit einer wachstumshemmenden Steuer? Zweitens könnte man darauf hinweisen, dass schon heute „Superreiche“ jenen größeren Beitrag leisten; die Einkommensteuer ist progressiv. Das Vermögen, das aus dem besteuerten Einkommen noch gebildet werden kann und auf dessen Erträge der Fiskus später ebenfalls zugreift, in seiner Substanz selbst zu besteuern, bedingt drittens eine Doppelbelastung und verzerrt die wirtschaftliche Planung. Viertens träfe die Vermögensteuer auch Mittelschicht und Mittelstand. Soll sie das nicht, muss sie aus mehr Ausnahmen denn Regeln bestehen. Der Vorschlag ist verkorkst - gut, dass wir darüber geredet haben. ■



Klimapaket

Kühler Kopf für kühles Klima

KARL-HEINZ PAQUÉ ist Vorsitzender des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Der heiße Sommer ist längst vorbei. Und Greta Thunberg ging bei der Vergabe des Friedensnobelpreises leer aus. Eine gute Zeit also, um endlich nüchtern über jene Klimapolitik zu reden, die jetzt in Deutschland kommen soll - laut Kabinettsbeschluss vom 24. September 2019. Dort wurden Eckpunkte für das sogenannte Klimaschutzprogramm 2030 vorgelegt. Kernziel ist es, eine CO₂-Bepreisung einzuführen, nun auch für die Sektoren Verkehr und Wärme, die - anders als die Erzeugung von Energie - im EU-Emissionshandel nicht berücksichtigt sind. Für sie sollen gleichfalls handelbare Emissionszertifikate ausgegeben werden, und zwar auf nationaler Ebene.

Das ist grundsätzlich eine gute Sache. Marktwirtschaftlich orientierte Ökonomen (einschließlich mir selbst) haben dies immer gefordert. Schaut man allerdings die vorgesehene konkrete Umsetzung in die Praxis an, so erweisen sich die Pläne der Großen Koalition als eine beispiellose Mogelpackung.

Zum einen soll der Preis der Zertifikate, die ausgegeben werden, von 2021 bis 2025 in jährlichen Schritten von 10 auf 35 Euro je Tonne erhöht werden. Von freier Preisbildung bei festgelegter Maximalmenge der Emissionen also bis dahin keine Spur. Erst ab 2026, in erst sieben Jahren, soll es eine Maximalmenge geben. Vieles spricht dafür, dass es in dieser langen Übergangsphase kaum messbare Fortschritte im deutschen Klimaschutz geben wird. Denn Verkehr und Wärme

sind gerade jene Wirtschaftssektoren, in denen es wohl besonders kräftiger CO₂-Preiserhöhungen bedarf, um Wirkungen zu erzielen und technische Innovationen in Gang zu setzen, die zu Einsparungen führen.

Als Übergangsphänomen mag man ein solches Wirkungsversagen noch hinnehmen. Allerdings widerspricht es jenen politischen Rufen nach eiligstem Handeln, die in den zurückliegenden Monaten erschallten. Ab 2027, also in sieben (!) Jahren, soll dann endlich bei fester Emissionsmenge der freie Handel mit Zertifikaten eingeführt werden. Damit gäbe es grundsätzlich einen marktwirtschaftlichen Mechanismus, der die nötigen Anreize zur Anpassung der Technologien setzt. Dabei sollen allerdings Niedrigst- und Höchstpreise verbleiben, und zwar, so die Pläne, bei 35 beziehungsweise 60 Euro je Tonne CO₂. Was genau passiert, wenn diese Preisgrenzen erreicht werden, lässt die Bundesregierung offen.

Genau hier liegt aber das Problem. Mengenziele und -pfade sind bei Niedrigst- und Höchstpreisen nur zu erreichen, wenn am Markt rationiert wird, wenn also ein Teil der Nachfrager oder Anbieter von Zertifikaten leer ausgeht. Das wäre jedoch ein planwirtschaftlicher Albtraum. Wenn der Staat dies verhindern will und deshalb für einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage zu festem Preis durch An- und Verkauf von Zertifikaten sorgt, dann wird aber das Mengenziel zwingend verfehlt.

Ein Dilemma! Die Bundesregierung gibt darauf keine Antwort. ■

Kultur

Ausstellung

Trennung als trauriger Teil der Gegenwart

Im Berliner Gropius Bau erleben die Besucher die Machtstrukturen der Teilung.

REZENSION / 67



FOTOS: ISABELLE ARTHUIS, XANDER HEINL, BERNARD BENANT

Awa Ly

Inspirierendes Ausnahmetalent

Die senegalesische Sängerin besticht durch Stil und Politik.

PORTRÄT / 62



Piccolo Theater

Die Freiheit der Kunst ist unantastbar

Ein Jugendtheater in Cottbus vermittelt demokratische Grundwerte. Die AfD stört sich daran.

REPORTAGE / 56



INTERVIEW GEFÜHRT VON: DANIELA OBERSTEIN
FOTOS: THOMAS KOEHLER/PHOTOTHEK/SCIENCE WEEK

Frau Schmalz-Jacobsen, die AfD ist in Thüringen zweitstärkste Kraft geworden. Manche Kommentatoren ziehen Parallelen zu 1932. Es gibt jedenfalls eine Diskursverschiebung nach rechts, die sich aus einer Angst vor dem „Anderen“ speist. Wie sollten wir damit umgehen?

Ich würde die gegenwärtige Lage nicht mit 1932 vergleichen wollen. Aber die AfD ist gefährlich und besonders Björn Höcke. Wer ihn gewählt hat, muss wissen, was er da getan hat. Und die Angst vor dem „Anderen“ - nun, was die Angst vor dem jüdischen Teil der Bevölkerung angeht, ist sie mir unverständlich. Dass jedoch die Migration manchen Leuten unheimlich ist, sollte man nicht wegschieben, auch wenn im Osten der Anteil an Migranten bisher gar nicht groß ist. Doch zum Antisemitismus braucht es keine Juden und zum Rassismus keine Migranten. Gegen die Angst jedenfalls muss man vorgehen, indem man erklärt und aufklärt. Da geschieht allerdings nicht genug.

Wenn Sie Deutschland im Jahr 2019 betrachten, was bereitet Ihnen am meisten Angst und was am meisten Hoffnung?

Am meisten Angst macht mir der Hass und dass er noch weiter um sich greift. Ich kann nur hoffen, dass sich gesellschaftlich und politisch nach den Anschlägen in Halle etwas verändern wird. Es war merkwürdig, dass manche wiederholt haben, das sei ein „Weckruf“ gewesen. Wir haben viele Weckrufe gehabt. Diesmal geht es wohl wirklich tiefer. Aber wir leben in einem guten und sicheren Land, uns geht es gut. Was mir Hoffnung macht, ist die nächste Generation. Da bin ich sehr gespannt. Ich rate den jungen Leuten: Haltet die Augen offen, traut euch was, mischt euch ein! Politik und Gesellschaft können nur so gut sein, wie ihr sie macht. Und: Stay away from ideology!

In Ihrem Buch „Zwei Bäume in Jerusalem“ erzählen Sie die Geschichte

“
Ich rate den jungen Leuten: Haltet die Augen offen, traut euch was, mischt euch ein! Politik und Gesellschaft können nur so gut sein, wie ihr sie macht.

CORNELIA SCHMALZ-JACOBSEN war Generalsekretärin der FDP und Ausländerbeauftragte der Bundesregierung. Kürzlich erschien ihr Buch „Zwei Bäume in Jerusalem“ auf Hebräisch.

Ihrer Eltern, die im Nationalsozialismus Juden gerettet haben. Wie kam es zu diesem Engagement Ihrer Eltern?

Beide haben irgendwann gemerkt, dass sich die Stimmung im Land gegen die Juden richtete und dass man anfang, diesen den Besitz wegzunehmen. Meine Mutter und meine Großmutter haben daraufhin mit dem Schmuggeln angefangen. Mit der Pogromnacht 1938 wurde meinen Eltern bewusst, wie brutal es weitergehen würde. Sie haben sich entschieden weiterzumachen und gesagt: „Es ist besser für die Kinder, sie haben tote Eltern als feige Eltern.“ Sie waren sich des Risikos bewusst.

Was genau haben Ihre Eltern getan?

Mein Vater ist 1941 nach Drohobycz im damaligen Polen versetzt worden. Er war in einem Gebiet des Generalgouvernements zuständig für die Landwirtschaft. Er suchte sich vorsichtig Kontakte und hielt nach Rettungsmethoden Ausschau. Eine seiner Ideen war, junge Frauen mit falschen Papieren als Haushaltshilfen nach Berlin zu schicken. Diese Frauen haben alle überlebt. Das ist nur ein Beispiel von vielen. Neben meinen Eltern gab es ein Netz an unerklärten Helfern, beispielsweise die Marktfrau, die meiner Mutter mehr Fisch einpackte, als sie bezahlt hatte, oder der Polizist, der bei meiner Mutter klingelte, um ihr zu sagen, sie solle ihre „Gäste“ an diesem Tag nicht auf die Straße lassen.

Wie haben Sie dieses Engagement Ihrer Eltern erlebt?

Ich war sechs Jahre alt, als mir meine Mutter sagte: „Du wirst Sachen in der Schule hören, mit denen wir nicht einverstanden sind. Aber du musst den Mund halten. Wir haben eine Art König, er heißt Hitler und er ist sehr böse. Wenn er von uns wüsste, würde er uns die Köpfe abschlagen.“ Ich war stolz, weil mir meine Eltern vertrauten. Ich habe nichts verraten. In solchen Zeiten sind Kinder sehr erwachsen. ▶



„Die junge Generation macht mir Hoffnung“

Cornelia Schmalz-Jacobsen war viele Jahre **Ausländerbeauftragte der Bundesregierung**. Im Interview spricht sie über ihre Eltern, die während des Holocaust Juden vor der Vernichtung gerettet haben. Und warum die Lehren der Vergangenheit gegen den Hass von heute helfen.

Ihr Buch ist in Deutschland 2002 erschienen, auf Ihrer Reise nach Israel haben Sie nun die Übersetzung ins Hebräische vorgestellt. Wie ist es dazu gekommen?

Ein Helfer meines Vaters in Drohobycz war Naftali Backenroth. Er hat sich später zu Bronicki umbenannt. Bei der Pflanzung des Baumes für meine Mutter als „Gerechte unter den Völkern“ in Yad Vashem vor 32 Jahren, 19 Jahre nach meinem Vater, traf ich erstmals Bronickis Sohn Lucien. Auf einer Podiumsdiskussion vor drei Jahren in Tel Aviv lernte ich ihn näher kennen. Er war Vorstandsmitglied einer Organisation der Nachkommen von Geretteten aus Drohobycz und Borislav. Ich erzählte, dass ich die Gedenkstätte Yad Vashem erfolglos gebeten hatte, eine Übersetzung meines Buches ins Hebräische zu ermöglichen. Bronicki sagte: „Dann mache ich es!“ Er fand Übersetzer und Verleger und ließ auf eigene Kosten 3.000 Exemplare drucken. Die Geschichte unserer Väter verbindet uns.

Sie haben in Israel die Kinder und Enkelkinder der Juden getroffen, die von Ihren



Cornelia Schmalz-Jacobsen „Zwei Bäume in Jerusalem“ Hoffmann und Campe, 220 Seiten, Preis: 19,90 Euro, 1. Auflage (2002)

Cornelia Schmalz-Jacobsen im Gespräch mit Redakteurin Daniela Oberstein.



Eltern gerettet wurden. Wie haben Sie diese Begegnungen empfunden?

Diesen Leuten gegenüberzusitzen und zu wissen, dass sie nie geboren wären ohne meine Eltern - das Gefühl kann man nicht beschreiben. Auf einem Treffen sagte mir eine Überlebende, Celia Kupferberg: „Wir beide verdanken dem gleichen Mann das Leben. Wir sind Schwestern.“ Das hat mich tief berührt.

Wie wurden Ihre Eltern in Deutschland nach dem Krieg wahrgenommen?

Leute wie meine Eltern galten nach dem Krieg als Volksverräter, die zudem die „Frechheit“ besaßen, überlebt zu haben. Mein Vater ist nach dem Krieg in die USA emigriert. Er war 1945 ein gebrochener Mann. Von der Geschichte hat meine Mutter nur scheinbar erzählt. Ich hätte vor ihrem Tod nicht gewagt, davon etwas zu publizieren.

Hatte Ihre Familiengeschichte Einfluss darauf, dass Sie sich politisch engagiert haben?

Ja, sicherlich. Meine Mutter hat mir einmal gesagt: „Wir hätten damals viel aufmerksamer sein müssen, wir hätten politisch tätig sein müssen.“ In der Broschüre meiner ersten Kandidatur, in einer Kommunalwahl, stand: „Wir müssen alles tun, um die Zukunft unserer Kinder mitzubestimmen.“ Dieser Anspruch hing für mich persönlich natürlich eng mit der Geschichte meiner Familie zusammen.

Was ist das Vermächtnis Ihrer Eltern?

Es war meinen Eltern, insbesondere meiner Mutter, nicht gegeben, in Worte zu fassen, was ihnen geschehen war. Also lag es an mir. Ich bin für die Nachkommen ein lebender Beweis, dass es das alles gegeben hat. Es gibt viele Biografien der Überlebenden, aber wenige aus der Perspektive derer, die geholfen haben. Es war mir wichtig, zu zeigen: Man hätte helfen können, und es gab Menschen, die geholfen haben. Man sollte immer seinem moralischen Kompass vertrauen. ■

„Theaterarbeit ist in hohem Maße aufklärerisch“

Cottbus ist eine Hochburg rechter Gewalt. Das Ensemble des Jugendtheaters Piccolo bemüht sich unverdrossen um die Weitergabe humanistischer und demokratischer Grundwerte - auch gegen die Sticheleien der AfD.

TEXT: KIRA BRÜCK
FOTOS: XANDER HEINL

Ein Jugendtheater in Zeiten von YouTube, Instagram und TikTok? Ja, das funktioniert. Die Vorstellungen im Cottbuser Piccolo Theater sind gut besucht. Der AfD-Fraktion im brandenburgischen Landtag indes ist dieses Jugendtheater in der Stadt nahe der polnischen Grenze ein Dorn im Auge. Anfang 2019 stellte sie eine kleine Anfrage. Man wollte wissen, weshalb das Kultusministerium das Piccolo Theater fördert. Eine ausdrückliche Missbilligung der Einrichtung wurde nicht ausgesprochen, aber sie war offensichtlich.

Konkret ging es um das Theaterstück „KRG - eine Heimatbetrachtung“, ein Werk, das die virulenten Ängste vor Flüchtlingen aufnimmt und in gedanklicher Spiegelung zu überwinden sucht. Den Anlass dazu liefert die rechte Gewalt. Cottbus ist die Stadt mit den meisten rassistisch motivierten Übergriffen in Brandenburg. Die Szenerie im Theaterstück ist ein Gedankenspiel, vielleicht aber auch eine düstere Prophetie: „Die demokratische Politik ist gescheitert und faschistische Diktaturen haben die Macht übernommen. Wer kann, flieht in den Nahen Osten.“ So steht es im Ankündigungstext für das Stück.

Der Theaterleiter Reinhard Drogla ärgert sich vor allem darüber, dass niemand aus der



Seit 1997 wird das Theater von der Stadt Cottbus und dem Land Brandenburg unterstützt.



Maria Schneider ist seit 14 Jahren Schauspielerin am Piccolo Theater.

AfD-Landtagsfraktion das hinterfragte Stück je gesehen habe. „Aber die Anfrage der AfD hat mich nicht verwundert“. Es stehe der Partei zu, Fragen zu stellen. Auch der Geist der Zensur, der in der Anfrage zum Ausdruck kam, hat ihn nicht überrascht. Er sei es von der DDR nicht anders gewohnt, als dass die Kulturfinanzierung politisch reglementiert wurde. Aber die DDR ist heute Vergangenheit. „Die Freiheit der Kunst steht im Grundgesetz, das kann auch die AfD nicht ändern“, sagt Drogla. Auch die brandenburgische Landesverfassung ist in diesem Punkt eindeutig. „Die Kunst ist frei. Sie bedarf der öffentlichen Förderung.“ Drogla neigt nicht zum Dramatisieren: „Man sollte sich nicht zu Opfern stilisieren, nur weil man im Kunstbetrieb tätig ist.“ Doch man müsse sich darauf einstellen, dass es künftig neue Töne in der politischen Auseinandersetzung mit der Kultur und deren Finanzierung geben werde.

Der heute 69-jährige Theaterdirektor Drogla hat das Piccolo Theater kurz nach der Deutschen Einheit gegründet. Ihm war es damals ein Anliegen, gerade jener Generation humanistische und demokratische Grundwerte zu vermitteln, die der politische Systemwechsel orientierungslos gemacht hatte - auf spielerische Weise. „Wenn es ein Theater gibt, das man überhaupt für wichtig erachten kann, dann ist es das für



Mit dem Piccolo Theater vermittelt Reinhard Droglä jungen Menschen humanistische und demokratische Grundwerte.

Kinder und Jugendliche. In Bezug auf Wertebildung und Persönlichkeitsentwicklung passiert da noch so viel“, erklärt Droglä mit Begeisterung. Sein Theater nahm 1991 im Nebenraum eines soziokulturellen Zentrums den Betrieb auf. Später zog es in einen Jugendclub um. Seit 2011 wird in einem freundlichen, orangefarben gestrichenen Neubau geprobt und gespielt. Dass die jungen Leute hierfür auch schon mal ihre mobilen Endgeräte aus der Hand legen, findet er ganz natürlich: „Jeder Mensch hat ein tiefes Bedürfnis nach direkter Kommunikation, und das ist die Stärke des Theaters“.

Der pädagogische Anspruch steht im Vordergrund. „Wir proben bewusst nicht die Klassiker, sondern wollen das auf die Bühne bringen, was die jungen Menschen umtreibt“, sagt Maria Schneider. Die 34-jährige SchauspielerIn gehört dem Ensemble seit vierzehn Jahren an. Jeder Schauspieler leitet eine wöchentliche Spielgruppe, in der Kinder und Jugendliche ein Jahr lang ein eigenes Stück entwickeln.



Die Freiheit der Kunst steht im Grundgesetz. Das kann auch die AfD nicht ändern.

REINHARD DROGLÄ

ist Gründer und Direktor des Cottbusser Kinder- und Jugendtheaters Piccolo.

Das Spektrum reicht vom Puppentheater für Kita-Kinder bis hin zu Aufklärungsstücken für Jugendliche. Was hier auf die Bühne kommt, berührt auf jeden Fall das junge Publikum – eben weil die Stoffe selber ausgesucht, die Stücke eigens geschrieben sind. Dabei wird es automatisch politisch, wenn es um Zeitthemen geht. „Es ist in hohem Maße aufklärerisch, was Theater zu tun haben. Wir müssen jungen Menschen helfen, sich ein Bild von der Gesellschaft zu machen, ohne dass wir es ihnen vorgeben“, sagt Droglä.

Das Stück „KRG - eine Heimatbetrachtung“, das Matthias Heine mit seiner Spielgruppe inszeniert und aufgeführt hat, bekam vom Bund Deutscher Amateurtheater den Sonderpreis für „Demokratietheater“. Und im April 2019 wurde das Cottbusser Piccolo Theater mit dem Theaterpreis des Bundes ausgezeichnet – für seine hervorragende Arbeit mit Jugendlichen, aber auch für den Einsatz aller Beteiligten für humanistische und demokratische Grundwerte. ■

A man in a dark suit, blue shirt, and striped tie stands in front of a brick wall. The wall is partially white-washed. To the left, there is a window with a metal grille. The man is looking slightly to his right.

„Dialog ist unabdingbar“

Die Neue Rechte versucht den Widerstand gegen den Nationalsozialismus für sich zu vereinnahmen. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, spricht im Interview über Strategien gegen Geschichtsverfälschung.

INTERVIEW GEFÜHRT VON: KAREN HORN

Die Menschen, die sich im Widerstand gegen den Nationalsozialismus engagiert haben, sind als moralische Vorbilder aus unserem kollektiven

Bewusstsein nicht wegzudenken. Was ist der gemeinsame Nenner ihrer politischen Werte und heute besonders von Belang?

Der gemeinsame Nenner aller, die sich seit 1933 gegen den Nationalsozialismus wandten, war die Überwindung der Diktatur und die Vorbereitung einer neuen, nachdiktatorischen Gesellschaft. Unter denen, die an den Vorbereitungen des Umsturzversuchs vom 20. Juli 1944 beteiligt waren, war die Wiederherstellung des Rechtsstaats die zentrale Forderung. Sie finden dies etwa in der von Generaloberst Ludwig Beck und dem nationalkonservativ geprägten Carl Friedrich Goerdeler maßgeblich beeinflussten „Regierungserklärung“. Dort hieß es: „Erste Aufgabe ist die Wiederherstellung der vollkommenen Majestät des Rechts. Die Regierung selbst muss darauf bedacht sein, jede Willkür zu vermeiden, sie muss sich daher einer geordneten Kontrolle durch das Volk unterstellen. [...] Das Recht wird jedem gegenüber, der es verletzt hat, durchgesetzt. Alle Rechtsbrecher werden der verdienten Strafe zugeführt.“ Der Rechtsstaat war die Voraussetzung für eine neue Ordnung. Wie diese genau aussehen sollte, darüber gab es durchaus unterschiedliche Vorstellungen. Die parlamentarische Demokratie war vielen durch Weimar diskreditiert.

Wie erklären Sie, dass sich ausgerechnet Rechtspopulisten bemühen, den Widerstand gegen den Nationalsozialismus für sich zu vereinnahmen? Man denke an den Facebook-Post mit der Aussage, Sophie Scholl würde heute AfD wählen.

Dies ist keine grundsätzlich neue Entwicklung. Schon seit über zehn Jahren versucht die Neue Rechte, den Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Allgemeinen und die Persönlichkeit von Claus Schenk Graf von Stauffenberg

„**Seit über zehn Jahren versucht die Neue Rechte, den Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu instrumentalisieren. Durch die AfD hat dies eine neue, bewusst provozierende Form erhalten.**“

JOHANNES TUCHEL, geboren 1957, in den Jahren 1978 bis 1983 Stipendiat der Friedrich-Naumann-Stiftung, außerplanmäßiger Professor für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, zurzeit Gastprofessor am Touro College Berlin, Leiter der Stiftung Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin.

im Besonderen zu instrumentalisieren. Durch die AfD hat dies eine neue, bewusst provozierende Form erhalten. Die freiheitliche Demokratie der Bundesrepublik wird als „Merkel-diktatur“ diffamiert, gegen die „Widerstand“ zu leisten sei. Hier sollen Begriffe besetzt und damit die eigenen politischen Einstellungen legitimiert werden. Dies verkennt jedoch den fundamentalen Unterschied zwischen dem Widerstand gegen eine totalitäre Diktatur und oppositionellen Bestrebungen in der liberalen Demokratie.

Viele Menschen am rechten Rand wähen uns in einem totalitären Unrechtsstaat. Solche Ideen können ein korrosives Eigenleben entwickeln. Wie kann man die Kategorien zurechtrücken?

Ich wäre mit einem Begriff wie „korrosives Eigenleben“ vorsichtig. Politische Entwicklungen sind keine Naturereignisse, sondern Ausdruck von Einstellungen und Entscheidungen. Es liegt an jedem Einzelnen von uns, sich für die freiheitliche Ordnung einzusetzen. Es gilt, immer wieder auf den Wert dieser Ordnung, auf unsere Partizipationsmöglichkeiten aufmerksam zu machen. Zudem haben wir die Freiheitstraditionen der deutschen Geschichte vernachlässigt, also nicht nur den Widerstand gegen den Nationalsozialismus, sondern auch die demokratische Revolution von 1848, die Weimarer Demokratie, den Volksaufstand in der DDR. Ich halte es für fatal, dass wir den 17. Juni als Feiertag abgeschafft haben. Den Verweis auf demokratische Traditionen in der deutschen Geschichte müssen wir ergänzen mit dem Hinweis, dass die freiheitliche Demokratie immer auch durch extremistische Bestrebungen gefährdet war und ist. Hier hilft nur das Gespräch, die Diskussion, der Dialog. Dies kann anstrengend sein, ist aber unabdingbar, ebenso wie historisch-politische Bildungsarbeit.

Warum ist die Neue Rechte im Osten besonders stark? Könnte die Ablehnung ▶

des „Systems“, die wir erleben, eine Art nachholter, sein eigentliches Ziel verfehlender antitotalitärer Reflex sein?

Nein, das denke ich nicht. Es handelt sich meines Erachtens um einen komplexen Prozess, der viel mit Ökonomie, viel mit der Frage der Wertschätzung von Lebensgeschichte, viel mit Mentalitäten, aber auch mit der Erfahrung und Prägung über Generationen hinweg durch zwei diktatorische Systeme zu tun hat. Im Übrigen warne ich vor pauschalen Zuschreibungen: Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in den neuen Bundesländern wählt nicht die Parteien, die extrem rechte Positionen vertreten.

Wie sollte man mit dieser Vereinnahmung des Widerstandes durch die Rechten umgehen? Ist es beispielsweise richtig und klug, AfD-Vertreter von Gedenkveranstaltungen auszuschließen?

Das kann immer nur im Einzelfall entschieden werden. Und glauben Sie mir, niemand, der in einer Gedenkstätte in einer leitenden Funktion ist, handelt in dieser Situation leichtfertig.

Es ist nicht einfach, sich deutlich zu distanzieren, ohne den Vorwurf der Ausgrenzung zu ernten. Wie handhaben Sie das, und wie gehen Sie persönlich mit Provokationen um?

Ich kann nur betonen, dass ich den Dialog für eine zentrale Strategie halte. Wenn eine Frage sachlich ist, kann ich sie beantworten. Wenn eine Frage provozieren soll, kann ich versuchen, dies deutlich zu sagen, aber den Sachgehalt der Frage dennoch herausarbeiten. Wenn ich merke, dass hinter der Provokation keine echte Bereitschaft zum Gespräch steht, kann ich auch das thematisieren. Ein Gespräch ist für mich beendet, wenn die Grenzen zur Diffamierung, zur Volksverhetzung überschritten sind oder wenn offen neo-nationalsozialistisches Gedankengut vertreten wird.

Was meinen Sie, wie viel können historische Aufklärung und politische Bildungs-



Es liegt an jedem Einzelnen von uns, sich für die freiheitliche Ordnung einzusetzen und immer wieder auf den Wert dieser Ordnung aufmerksam zu machen.

Johannes Tuchel
im Gespräch mit
Bundespräsident a. D.
Joachim Gauck.

arbeit gegen Hetze, Geschichtsklitterung und Verschwörungstheorien ausrichten?

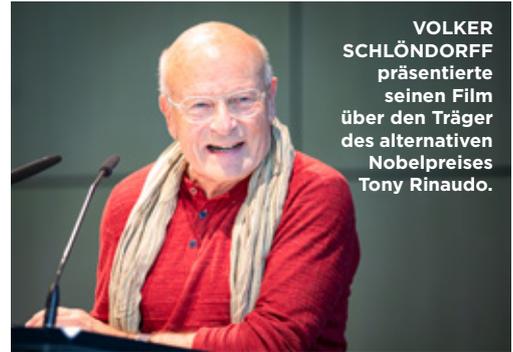
Eine verantwortliche historisch-politische Bildungsarbeit ist immens wichtig. Wissen schützt vor Desinformation, Empathie vor Menschenverachtung. Doch auch die Politik selbst ist gefragt. Lassen Sie mich eine Passage aus der Gedenkrede von Gerhart Baum am 20. Juli 2017 zitieren: „Wir erleben die Sehnsucht nach einfachen Lösungen, die Neigung, anderen die Schuld für die eigenen Probleme zu geben. Wir erleben bornierte Intoleranz und die Unfähigkeit zum Interessenausgleich. Diese Spießmentalität war auch eine Ursache für die größte Katastrophe in der deutschen Geschichte. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass heute Teile des Bürgertums von einer ‚gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit‘ gegen Minderheiten infiziert sind, ähnlich wie am Ende der Weimarer Zeit. Dem mangelnden Vertrauen in unser politisch-soziales System können wir nur begegnen, wenn wir uns berechtigter Kritik öffnen und Fehler offen eingestehen. Die Politik ist gefordert, Misstrauen durch Vertrauensbildung abzubauen.“ ■



FOTO: BUNDESREGIERUNG/HENNING SCHACHT



AMADOU DIAW ist Gründer des Forum de Saint-Louis.



VOLKER SCHLÖNDORFF präsentierte seinen Film über den Träger des alternativen Nobelpreises Tony Rinaudo.



DAS FORUM brachte Politik, Kunst und Design zusammen.



Afrika neu denken

Das Forum de Saint-Louis zeigte Afrika im Aufbruch - mitten in Berlin. Multiplikatoren aus Wirtschaft, Kunst und Politik diskutierten über neue Perspektiven.



RAMA YADE ist ehemalige UNESCO-Delegierte.



EINE AUSSTELLUNG zeigte die Vielfalt afrikanischer Kunst.



PIERRE THIAM ist ein weltweit bekannter Koch und Autor zahlreicher Kochbücher.



Awa Ly – Sängerin ohne Grenzen

In ihren Songs mischt die französisch-senegalesische Sängerin ihre Wurzeln mit starken politischen Statements.

TEXT: KAREN HORN

Aber wo, wo ist eure Menschlichkeit?“, seufzt Awa Ly in dem Song „Here and Everywhere“. Das sanfte, melancholische Lied, das die französische Singer-Songwriterin, Schauspielerin und Produzentin 2013 geschrieben hat, ist ein aufrüttelnder Appell, etwas zu unternehmen, um das Sterben im Mittelmeer zu beenden. „Hierher zu kommen / ist kein Verbrechen / auf der Flucht vor Krieg und Armut / auf der Suche nach Freude und Freiheit“, ruft sie in Erinnerung und malt sich aus, wie es für die Migranten sein muss, ihr Leben aufs Spiel zu setzen, ihre Freunde in den Wellen zu verlieren und vergeblich auf eine Antwort aus Ländern zu warten, in denen sie letztlich unerwünscht sind.

Awa Ly hat ihr Lied der Freiheit, Teil des Albums „Five and a Feather“, als eine Art internationale Flaschenpost auf die Reise geschickt, indem sie Musiker aus aller Welt dazu einlud, eine Strophe in ihrer jeweiligen Landessprache hinzuzufügen. Inzwischen gibt es davon unter anderem Versionen aus Frankreich, Italien, Kroatien, Tunesien, Brasilien, Argentinien und von den Kapverden.

Mystisches Ausnahmetalent

Nicht alle Kompositionen von Awa Ly, die 1977 in Paris als Kind senegalesischer Eltern auf die Welt gekommen ist, tragen eine derart unmittelbare politische Botschaft. Zumeist geht es in ihnen mehr um zarte Gefühle, um Liebe und Freundschaft. Die durch alle Welt tourende Musikerin, die in den Fachblättern als „wahres Ausnahmetalent“ mit einer „phänomenalen Bühnenpräsenz“ und „samtiger“, gar „mystischer“ Stimme gepriesen wird, ist in Deutschland unter anderem schon auf dem Rheingau Musik Festival aufgetreten. Sie bezeichnet ihren Stil als „sehr folkloristischen Pop mit Verunreinigungen aus Blues und Jazz“.

Als Inspirationen nennt sie Sarah Vaughan, Ella Fitzgerald und Nina Simone aus dem Jazz ebenso wie die World-Musikerinnen Susheela Raman, Rokia Traoré, Asa und Hindi Zahra. Die



„**Ihren Stil bezeichnet Awa Ly als folkloristischen Pop mit Verunreinigungen aus Blues und Jazz.**“

AWA LY ist als Kind senegalesischer Eltern in Paris geboren, hat in New York studiert und in Rom ihre internationale Karriere gestartet. 2009 erschien ihr erstes Album „Modulated“.

polyglotte Weltbürgerin mischt Elemente aus verschiedenen Kulturen, sodass neben Steel-Gitarre und Trompeten beispielsweise auch die afrikanische Harfe Kora zum Klingen kommt, das Lamellenklavier Senza und das chinesische Streichinstrument Erhu. Die Liebe zur Musik ist ihr schon im Elternhaus vermittelt worden – der Vater besaß, wie sie sagt, eine sehr umfassende Plattensammlung, in der westafrikanische Musik auf Simon & Garfunkel, Neil Young, Jazz und afrokubanische Orchester traf.

Dass sie selbst ihr berufliches Leben der Musik widmen würde, verdankt sich einem Zufall. Vor zwanzig Jahren kam sie für ein Praktikum nach Rom, wurde in der Freizeit von Freunden in die Jazz-Szene eingeführt, nahm an Jamsessions teil und begann schließlich selbst zu komponieren. Noch heute lebt sie in der italienischen Hauptstadt. Ihr erstes Album, „Modulated“, kam 2009 heraus. Als Schauspielerin hat sie unter anderem in dem Film „La nostra vita“ von Daniele Luchetti mitgewirkt, der 2010 auf dem Filmfestival von Cannes in die Auswahl kam.w ■

Mut zur ungeschminkten Wahrheit

1966 legte Hans-Dietrich Genscher in einer historischen Rede die Grundlagen für die neue Ostpolitik

TEXT: JÜRGEN FRÖLICH

Am 4. September 1966 sprach Hans-Dietrich Genscher über die Ostpolitik. Genscher war bis dahin als Außenpolitiker nicht besonders in Erscheinung getreten. Er galt als ein Mann der Organisation. Doch Ort und Datum hatten Symbolcharakter: Genau 20 Jahre zuvor hatte der amerikanische Außenminister James F. Byrnes in Stuttgart seine „Hoffnungsrede“ gehalten, mit der sich eine Wende in der amerikanischen Deutschlandpolitik ankündigte und Unterstützung der Vereinigten Staaten für eine Wiedervereinigung der vier deutschen Besatzungszonen in Aussicht gestellt wurde. Genscher nutzte die Einladung von Altministerpräsident Reinhold Maier, um neue Perspektiven für die stagnierende Deutschlandpolitik aufzuzeigen. Erstmals wurde hier die Verknüpfung der deutschen Frage mit der Spaltung Europas deutlich, die später Genschers Außenpolitik kennzeichnete. Als wichtigste Instrumente, um Bewegung in die verfahrenere in-



HANS-DIETRICH GENSCHER

war von 1969 bis 1974 Bundesinnenminister. Als Außenminister (1974–1992) war er ein Architekt der Deutschen Einheit.

nerdeutsche Situation zu bringen, nannte Genscher Signale der Entspannung nach Osten und den Aufbau einer gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur. Dies bestimmte schließlich die Politik der liberalen Außenminister von 1969 an mit den Ostverträgen und der KSZE. Man kann in dieser Rede den Fahrplan erkennen, der ein Vierteljahrhundert später den Deutschen die „Einheit in Freiheit“ brachte.

Der deutschen Politik sind die Aufgaben gestellt: Erstens die Voraussetzungen herbeizuführen, unter denen eine friedliche und freiheitliche Lösung der deutschen Frage möglich ist, zweitens für die Bundesrepublik einschließlich West-Berlin Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit zu sichern. Diese Ziele sind gleichrangig. Keines von ihnen kann zugunsten des anderen (oder gar eines dritten Zieles) schadlos vernachlässigt werden.

[...]

Genscher beim Besuch seiner alten Schule in Halle kurz nach der Wiedervereinigung.



Illusionär wäre der Versuch, ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem gegen irgendjemand schaffen zu wollen. Es ist nicht möglich, gegen die Sowjetunion, es ist aber auch nicht möglich gegen oder ohne die USA. Das Sicherheitssystem für ganz Europa wird für überschaubare Zeit seine Schwerpunkte in Moskau und Washington haben. Der Ehrgeiz der Deutschen sollte darin liegen, Ideen für die Architektur eines solchen Sicherheitssystems zu entwickeln. In dieser Rolle sollten sie sich durch noch so viele begründete und auch nicht begründete Wünsche,

Vorbehalte und Bedenken der zahlreichen Bauherren nicht entmutigen lassen, wenn nur die Sicherheit nicht verletzt wird.

Deutschland kann bei der sich abzeichnenden Entwicklung in seine vorgegebene Rolle hineinwachsen, die sich aus seiner europäischen Mittellage ergibt. Es wird dabei aber nur dann erfolgreich sein, wenn es sich von jedem Anschein deutscher Vorherrschaftsansprüche freihält. Das gilt für den wirtschaftlichen Bereich, für den politischen Bereich, es gilt in erster Linie für den militärischen Bereich.

[...]

Die Glaubwürdigkeit und die Überzeugungskraft unseres Anspruchs, für das ganze deutsche Volk zu sprechen, wird von dem Grad unseres gesamtdeutschen Engagements und unserer gesamtdeutschen Aktivität bestimmt. Eine selbstbewusste gesamtdeutsche Offensive im Vertrauen auf die Überlegenheit unserer Gesellschaftsordnung wird zeigen, daß ein Regime auf deutschem Boden, das nicht dem



Die Liberalen tragen in der Deutschlandpolitik eine besondere Verantwortung. Sie müssen Vorreiter sein, wo andere zögern.

Willen des Volkes entspricht, weder anerkenntbar noch aufwertbar ist.

[...]

Deutschlandpolitik heute fordert den Mut zur ungeschminkten Wahrheit. Sie fordert den Mut zur Initiative, wenn wir das gesamtdeutsche Risiko, das in Wahrheit im Status quo liegt und nicht in der Bewegung, endgültig überwinden wollen. Sie fordert die ganze Kraft unseres Volkes, nicht allein zu unserem Nutzen, sondern für eine dauerhafte Friedensordnung in Europa.

Wir wollen diesen Weg nicht allein gehen. Wir brauchen und wir wünschen die Unterstützung unserer Alliierten. Wir erwarten von ihnen Verständnis dafür, daß es Grenzen der Zumutbarkeit für das deutsche Volk gibt.

Die Liberalen tragen in der Deutschlandpolitik eine besondere Verantwortung. Sie müssen Vorreiter sein, wo andere zögern. Sie sind frei von Illusionen und unbefangen auch gegenüber dem Kommunismus, weil sie wissen, daß es nur eine allgemein gültige, nur eine umfassende Alternative zum Kommunismus gibt: Die Idee der Freiheit. Sie bewegt die Menschen im kommunistischen Bereich mehr als manchen Wohlstandsbürger bei uns. Nicht umsonst bezeichnet man fortschrittliche Tendenzen im Kommunismus als Liberalisierung. *Quelle: liberal 1966, H. 10, S. 731, 734f. und 740f.*



Genscher war der am längsten amtierende Bundesminister der Bundesrepublik.

Übernahme oder Vereinigung? Neues zum Aufbau Ost

VON KARL-HEINZ PAQUÉ

Die Debatte geht weiter. 30 Jahre nach dem Mauerfall sorgen neue Bücher zur Deutschen Einheit für Gesprächsstoff. Kein Wunder, denn seit dem Aufstieg der AfD im Osten fragen sich viele, wie es dazu kommen konnte. Zwei besonders interessante Streitschriften dazu sind jüngst erschienen: „Die Übernahme“ von Ilko-Sascha Kowalczyk und „Der Treuhandkomplex“ von Norbert F. Pötzl. Beide Bände haben den Charakter von erweiterten Essays: inhaltlich dicht, aber flott geschrieben. Ansonsten könnten sie unterschiedlicher nicht sein.

Ilko-Sascha Kowalczyk, gebürtiger Ostdeutscher aus Berlin, Historiker und Bürgerrechtler der ersten Stunde, liefert die bittere Bilanz einer Übernahme des Ostens durch den Westen. In seinem Buch findet sich ein Kaleidoskop an Beispielen, wie seit dem

Mauerfall der Westen den Osten im wahrsten Sinne des Wortes kolonisiert hat. Dies geschah keineswegs in böser Absicht, und an diesem Prozess waren beide Seiten beteiligt: die Westdeutschen mit einer Kombination aus Hilfsbereitschaft und Überheblichkeit, die nie Zweifel an der Dominanz der eigenen Erfahrung zuließ; und die Ostdeutschen mit einer Mischung aus Selbstzweifeln und Unterwürfigkeit, die es nicht erlaubte, der Vereinigung einen eigenen Stempel aufzudrücken.

Es liegt Kowalczyk fern, sich über diese Entwicklung zu beklagen. Vielmehr macht er sie sachlich dingfest als eine Art historische Realität, der etwas Schicksalhaftes anhaftet. Mit seiner eigenen Rolle als Bürgerrechtler verfährt er dabei durchaus kritisch: Er sieht sich im Nachhinein als einen hochfahrenden Jakobiner, ohne viel Verständnis für die Umwälzungen und deren Folgen für Menschenschicksale.



Ilko-Sascha Kowalczyk
„Die Übernahme“
C. H. Beck, 319 Seiten,
Preis: 16,95 Euro,
2. Auflage (2019)



Norbert F. Pötzl
„Der Treuhandkomplex“
kursbuch.edition,
265 Seiten,
Preis: 22 Euro,
1. Auflage (2019)

Konsistente Erklärungen für das Erlebte liefert Kowalczyk nicht, wohl aber bewegende Lebensbilder.

Ganz anders der westdeutsche Journalist Norbert F. Pötzl. Ihm geht es um die wirtschaftliche Seite des Aufbaus Ost, konkret: die Treuhandanstalt, den Sündenbock der Deutschen Einheit. Pötzl berichtet in lockerem, bisweilen etwas spöttischem Ton über die Legenden, die sich um die Treuhandanstalt ranken und regelmäßig nicht allzu viel mit den Fakten zu tun haben. Der Bogen wird dabei weit gespannt: von den Illusionen über das angeblich bevorstehende Wirtschaftswunder bis hin zu den Erfahrungen von industriellem Zusammenbruch, die schließlich in die verworrene Gemütslage von heute umschlugen.

Auch Pötzl kann natürlich kein Rezept bieten, wie sich unser Land mental wieder zusammenführen ließe. Wie Kowalczyk glaubt er aber, dass es helfen kann, darüber zu reden. Es gilt Lebensgeschichten miteinander zu teilen, die Verständnis wecken für die jeweils andere Erfahrungswelt. Das ist in den drei Jahrzehnten der Deutschen Einheit zu wenig geschehen. Zeit, dass es nachgeholt wird – gerade zwischen jenen älteren Generationen, deren Leben der Mauerfall so tief berührt hat. ■



Podcasts

... sind das **Trendmedium unserer Zeit**. Das beweisen die unzähligen Podcastreihen deutscher Medienhäuser von Spiegel bis Springer. Ob Kindererziehung oder Sexualpraktiken - zu jedem Thema gibt es den passenden Podcast. Wie soll man in diesem Chaos den richtigen Podcast zur Befriedigung des subjektiven Informationsbedürfnisses finden? Dieser Frage nimmt sich das Start-up Podimo an. Durch die Analyse von individuellem Hörverhalten möchte das Unternehmen Hörern unentdeckten Content anbieten. Das erklärte Ziel: das Netflix für Podcasts zu werden.



Rocket Man

Über Jahrzehnte fütterte Elton John eine globale Hörschaft mit Ohrwürmern. Im Film „Rocket Man“ verkörpert Taron Egerton den Musiker nun als stimmungsgewaltigen Bühnendarsteller, fast gescheitert auf dem Weg von einer lieblosen Familie aus Middlesex in die größten Hallen der Welt. Ein verrückter Individualist auf der Suche nach Liebe - früh berühmt, aber verzweifelt einsam im gnadenlosen Showbusiness. Ein sehenswerter Film für Freunde der Musik und Exzentrik!

Die Ausstellung verdeutlicht die Machtstrukturen der deutschen Teilung



Berlin: Ausstellung im Martin Gropius Bau

Mauern erfahren

Sie lassen einen nicht mehr los, diese verzweifelten Stimmen, die durch einen komplett abgedunkelten Raum schallen. Man erkennt die Hand vor Augen nicht, hört nur Studenten durch ein Megafon brüllen. Es sind syrische Drusen, und sie rufen den Müttern, die getrennt von ihnen auf der anderen Seite eines bewachten Zauns leben, persönliche Botschaften zu.

Was man auf diese Weise als Besucher der Gruppenausstellung „Durch Mauern gehen“ im Berliner Gropius Bau erlebt, hat sich real ereignet - unter den Augen der Grenzposten. Die Installation der Künstlerin Smadar Dreyfus in Berlin ist eine von 28 Arbeiten, die bis zum 19. Januar 2020 gezeigt werden. Anlass ist der 30. Jahrestag des Mauerfalls; und insofern ist es kein Zufall, dass die Besucher ein Reststück der Berliner Mauer durch die Fenster der Ausstellungsräume sehen. Jahrzehntlang

verlief die Mauer an der Nordseite des Museumsgebäudes.

Die Künstler, deren Werke hier ausgestellt sind, untersuchen allesamt Machtstrukturen, die auf Teilung und Trennung fußen - nicht nur wie vor 1989, sondern auch wie im Fall der syrischen Drusen. In Zeiten des Rechtspopulismus bedeutet das, dass sich der Blick auch auf Mauern richtet, die durch soziale Spaltung oder Sprachbarrieren entstehen. So ist auf dem Gemälde „Beach of Plenty“ des Künstlers Michael Kvium ein Mittelmeerstrand zu sehen; Badende stehen am Wasser und beobachten ein ankommendes Schlauchboot voller Flüchtlinge. Das Meer, das sie verbinden könnte, erscheint als unüberwindbare Mauer. Die Ausstellung ist ein Erfahrungsraum, der Barrieren und Trennung als traurigen Teil der Gegenwart erlebbar macht.

Die Ausstellung „Durch Mauern gehen“ ist bis zum 19. Januar im Gropius Bau, Berlin zu sehen.



pathie fast verschluckt worden sein, die ihn und seine Partei medial umspülten. Manche Beiträge und Kommentare lasen sich eher wie Glaubensbekenntnisse, weniger wie nüchterne Analysen von Inhalten und Strategien eines Anbieters politischer Inhalte. Da wurde teilweise eine Flughöhe erzeugt, die keine Partei auf Dauer halten kann. Wie auch?

Ins Reich der Finsternis

So wie die Grünen in einigen Redaktionen eine Projektionsfläche für alles Gute und Schöne sind, beginnt am rechten Rand des Spektrums das Reich der Finsternis. Interessant ist, dass sich die AfD alle Mühe gibt, diesem Bild zu entsprechen: Die Partei lebt von kalkulierten Tabubrüchen. Gleichzeitig inszeniert sie sich als Opfer der Medien eines, wie Jörg Meuthen es formulierte, „links-rot-grün versifften 68er-Deutschlands“. Es ist ein taktisches Spiel, das die Rechtspopulisten spielen, und sie tun das recht erfolgreich. Ihre Provokation führt zu Berichterstattung, die knappe Ressource Aufmerksamkeit wird auf die AfD gelenkt. Auch die Medien profitieren, ihre Währung sind die Klicks im Netz, die Auflage, die Einschaltquoten. Auf der Strecke bleibt der rationale öffentliche Diskurs - Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie.

Inzwischen haben viele Redaktionen gelernt, dieses Reiz-Reaktions-Muster zu durchbrechen. Damit folgen sie einerseits einer Logik des Berufsethos im Journalismus. Andererseits ist es für sie existenzsichernd. Denn angesichts zunehmender Direktkommunikation der Parteien via Twitter, Facebook, YouTube & Co - und da ist die AfD ganz vorne - können etablierte Medien nur durch nachvollziehbare Standards und Qualität bestehen. Geboten ist kein neuer Journalismus, sondern ein Zurück zu den klassischen Tugenden des Berufsstandes: Distanz zum Gegenstand der Berichterstattung, Kompetenz - und Selbstkritik. Auch darf man - wie im Fall der Flüchtlingsfrage - Themen nicht tabuisieren, nur weil die AfD sie bearbeitet. Der Preis für ein solches Ausweichverhalten wäre der höchst mögliche: die Glaubwürdigkeit. ■

Distanzgebot

Professionelle Distanz ist die große Tugend unabhängiger Redaktionen. Der mediale Umgang mit den Rändern der politischen Skala wirft Fragen auf: Verspielen die Medien ihre Glaubwürdigkeit?

TEXT: MICHAEL HIRZ // **ILLUSTRATION:** RAMONA RING

Genaue Zahlen gibt es nicht, aber eine Wette würde wohl niemand verlieren, der die Menge der AfD-Sympathisanten in den deutschen Redaktionen für sehr überschaubar hält. Von *Spiegel* bis *Handelsblatt*, von RTL bis WDR stehen die Medien in ihrer Mehrzahl weltanschaulich und lebenskulturell in großer bis größtmöglicher Distanz zur Partei von Gauland, Weidel, Höcke und Meuthen.

Nun ist Distanz durchaus eine journalistische Tugend. Der legendäre Hanns Joachim Friedrichs hat stets gefordert, man dürfe sich nie mit einer Sache gemein machen - auch mit keiner guten. Doch diese geforderte professionelle Distanz bricht häufig an den Rändern der politischen Skala aus. Zwischenzeitlich muss auch Grünen-Chef Robert Habeck von den Wogen der Sym-

“
Auf der Strecke bleibt der rationale öffentliche Diskurs.

Kroatien übernimmt in diesem Jahr die EU-Ratspräsidentschaft. Die Regierung hat sich eine Menge vorgenommen. Angesichts des Dauerstreits mit den Nachbarn und des Rechtsrucks in der Gesellschaft ist davon nicht viel zu erwarten.

Die neue Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, preist Kroatien als eine „wahre europäische Erfolgsgeschichte“. Das Land, das der Europäischen Union im Juli 2013 beigetreten ist, übernimmt am 1. Januar 2020 die EU-Ratspräsidentschaft. Der konservative Regierungschef Kroatiens Andrej Plenković (HDZ) gibt sich als Fürsprecher einer EU, die „nicht fragil, sondern agil, geeint und nicht getrennt“ auftritt. Die kroatische Ratspräsidentschaft wird allerdings davon überschattet, dass sich seit dem Beitritt der Horizont vieler Bürger weniger europäisch geweitet als vielmehr nationalistisch verengt hat.

Kroatien ist seit 1991 unabhängig. Ivo Sanader, Premierminister von 2003 bis 2009, lotste Kroatien in Richtung Nato und EU, bevor ihn unzählige Korruptionsskandale hinter Gitter brachten. Der Krisenstaat trat 2013 Europas Wohlstands-

bündnis unter düsteren Vorzeichen bei und stolperte unter Premierminister Zoran Milanović schlecht vorbereitet in die neue Ära. Um die Auslieferung des unter Mordverdacht stehenden früheren Geheimdienstgenerals Josip Perković nach Deutschland zu verhindern, hatte die Regierung in Zagreb kurz vor dem EU-Beitritt ein Sondergesetz zur Einschränkung des Europäischen Haftbefehls durchs Parlament gepeitscht. Die ▶



Ursula von der Leyen mit dem kroatischen Premierminister Andrej Plenković.

Großer Ehrgeiz und viele verpasste Chancen

Kroatien übernimmt 2020 erstmals die EU-Ratspräsidentschaft. Die Regierung will die europäische Finanzplanung und den Beitritt in den Schengen-Raum vorantreiben. Angesichts des politischen Rechtsrucks bleiben aber viele Fragezeichen.

TEXT: THOMAS ROSER

Vor Ort

Nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens war der Balkan jahrelang Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen.

europäischen Partner waren nicht erbaut - und erwirkten die Annullierung.

Abwanderung mit Folgen

Von einer Erfolgsgeschichte kann seither kaum die Rede sein. Seit Deutschland 2015 den Kroaten die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährt hat, ist die einst hohe Jugendarbeitslosigkeit infolge der Abwanderung zwar merklich gesunken. Doch dieser Exodus junger Arbeitskräfte wird für strukturschwache Regionen nun zum Entwicklungsproblem. Fachkräfte sind in Kroatiens einstiger „Kornkammer“ schwer zu finden. Auch hat das lange von ökonomischer Schrumpfung gebeutelte Land zwar auf einen bescheidenen Wachstumskurs zurückgefunden, doch für ein Transformationsland sind die Zuwächse des Bruttoinlandsprodukts zu gering. Nach Bulgarien ist Kroatien der zweitärmste EU-Mitgliedstaat. Kroatiens Wirtschaft und Gesellschaft wären ohne den EU-Beitritt in einer noch schlechteren Verfassung, meint der Ökonom Žarko Primorać. Nur habe die Regierung in Zagreb die Gelegenheit zur Modernisierung nicht genutzt. Ob es um die Rentenversicherung gehe, um das Bildungswesen oder das Gesundheitssystem, fast alle während der Beitrittsverhandlungen in Gang gebrachten Reformen seien wieder abgebrochen worden.

Auch den Worten, Kroatien werde als „Anwalt“ für die EU-Anwärter auf dem Westbalkan auftreten, wie es die damalige Außenministerin Vesna Pusić beim EU-Beitritt versprochen hatte, sind wenig Taten gefolgt. Vor allem in der serbischen Hauptstadt Belgrad und im bosnischen Sarajevo empfindet man die Regierung in Zagreb mehr als Bremser denn als Förderer der eigenen Beitrittsambitionen. Im kroatischen Präsidentschaftswahlkampf hat sich der Zungenschlag gegenüber den Nachbarn noch verschärft, auch wenn Premierminister Plenković gelobt, die EU-Ratspräsidentschaft zur Neubelebung des Erweiterungsprozesses nutzen zu wollen.



4,4

PROZENT BETRÄGT DER ANTEIL DER SERBISCHEN MINDERHEIT AN DER GESAMTBEVÖLKERUNG KROATIENS.

Gemäß der letzten Volkszählung (2011) leben 186.633 Serben in Kroatien. Zuletzt stieg die Zahl gewaltsamer Übergriffe gegen die serbische Minderheit stark an.

Dass der Erweiterungsprozess auf Eis liegt, hat indes mit Frankreich und den Niederlanden zu tun, wo unter dem Einfluss populistischer Strömungen die Gegnerschaft gewachsen ist. Dabei hatte man den Balkan-Partnern bereits 2003 auf dem Gipfel von Thessaloniki die Aufnahme in Aussicht gestellt. Heute, 16 Jahre später, hängen sie in der Endloswarteschleife fest und sind von einem Beitritt und europäischen Standards noch immer weit entfernt. Insbesondere wegen rechtsstaatlicher Mängel und wirtschaftlicher Schwäche drängt sich derzeit kein Kandidat für einen baldigen Beitritt auf.

Dysfunktionale Diplomatie

Entgegen allen Beteuerungen ist von Kroatien in dieser Lage nur wenig Hilfe für die EU-Anwärter zu erwarten. Schon zweimal musste Brüssel Kroatien wegen unzulässiger Handelssanktionen gegen Serbien zurückpfeifen. Nationalistische Empfindlichkeiten erschweren der Regierung in Zagreb die Kompromissuche mit den ehemaligen Bruderrepubliken. Ob im Zank um die Kriegsvergangenheit mit Serbien, im Streit mit Slowenien um die See-grenze, im Dauerhickhack mit Ungarn um den Mineralöl-Konzern Ina oder in den Aus-

einandersetzungen mit Bosnien über den Bau einer Meeresbrücke nahe der Halbinsel Pelješac - die kroatische Regierung vermag keine kooperative Atmosphäre zu schaffen.

Das passt nicht zur Absicht, die Ratspräsidentschaft dazu zu nutzen, eine neue Debatte über die EU-Erweiterung anzustoßen. Auch sonst hegt man in Zagreb ehrgeizige Pläne. So will die Regierung die Verhandlungen über die langfristigen EU-Finanzplanungen abrunden und die Gespräche über den eigenen Beitritt zum Schengen-Raum vorantreiben. Dabei werden ihr jedoch die Schwächen der eigenen Diplomatie zu schaffen machen. Damir Grubiša, Kroatiens früherer Botschafter in Italien, nennt die Auslandsvertretungen „dysfunktional“. Erst kürzlich wurde eine Spitzendiplomatinnen der Botschaft in Berlin wegen nationalistischer Facebook-Posts suspendiert.

Nationalismus bestimmt Debatten

Fast zeitgleich mit dem überraschenden Sieg von Kolinda Grabar-Kitarović in den Präsidentschaftswahlen Anfang 2015 war es in Kroatien zu einem spürbaren gesellschaftlichen Rechtsruck gekommen. Die vom früheren Geheimdienstchef Tomislav Karamarko auf einen stramm nationalen Kurs gebrachte HDZ gewann Ende 2015 die Parlamentswahl und löste gemeinsam mit der konservativen Protestpartei „Most“ Ende 2015 die linksliberale „Regenbogen“-Koalition ab. Der rechte HDZ-Flügel, Veteranenverbände und rechts-



ANDREJ PLENKOVIĆ ist Politiker der national-konservativen HDZ und seit 2016 deren Vorsitzender sowie Premierminister der Republik Kroatien. Unter seiner Führung ist der Einfluss des rechten Parteiflügels in der HDZ merklich geschrumpft. Plenković spricht sich für einen proeuropäischen Kurs aus und konnte eine außenpolitische Isolation Kroatiens so verhindern. Von den nationalistischen Kräften hat er sich bisher jedoch nicht eindeutig distanziert.

klerikale Kirchenkreise bestimmten fortan die Debatten. Zur Verharmlosung oder gar Verherrlichung der Untaten der Ustascha, des 1929 gegründeten rechtsextrem-terroristischen Geheimbunds, der sich zu einer faschistischen Bewegung entwickelte, gesellte sich nun auch noch eine wachsende Intoleranz gegenüber Homosexuellen, Feministinnen sowie sonstigen Minderheiten und Andersdenkenden.

Unter der Ägide Plenkovićs, der den Vorsitz der HDZ 2016 übernommen hat, ist der Einfluss des rechten Parteiflügels geschrumpft. Er hat die außenpolitische „Orbanisierung“ seines Landes verhindert; Kroatien verfolgt offiziell einen klaren Pro-EU-Kurs. Doch vor einer klaren Distanzierung von den nationalistischen Kräften schreckt der Premierminister zurück - sein Manövrierraum ist mit nur zwei Stimmen Mehrheit im Parlament begrenzt.

Wie sehr der Nationalismus mittlerweile zum Alltag gehört, führt die Staatspräsidentin Grabar-Kitarović vor Augen, die bekannt hat, Fan des Ustascha-Barden Marko Perković „Thompson“ zu sein. Den von dem Rechtsrocker gern zum Besten gegebenen Ustascha-Gruß „za dom spremni - für die Heimat bereit“ hatte sie schon 2017 als einen „altkroatischen Gruß“ bezeichnet, der im Zweiten Weltkrieg „leider kompromittiert“ worden sei. Im Wahlkampf sind weitere nationalistische Töne zu erwarten, denn die Staatschefin muss sich der erstarkten Wettbewerber im rechten Lager erwehren. Zu diesen zählt unter anderem der parteilose Sänger Miroslav Škoro.

Unterdessen steigt die Zahl der gewaltsamen Übergriffe gegen die serbische Minderheit. Die Regierung spricht von Einzelfällen, die kein Ausdruck des gesellschaftlichen Klimas seien. Vertreter der Opposition und der Minderheiten sehen das anders. Milorad Pupovac, Vorsitzender der mitregierenden Partei der serbischen Minderheit SDSS, empfindet Kroatien deshalb mittlerweile als einen „Faktor der Instabilität und der Vertiefung des Misstrauens“ in der Region. ■



2015 war es in Kroatien zu einem Rechtsruck gekommen. Zur Verharmlosung der Untaten der Ustascha gesellte sich eine wachsende Intoleranz gegenüber Homosexuellen, Minderheiten sowie der Opposition.

Termine 2020



19.01.
Göttingen

Herausforderungen und Chancen

Bewegte Zeiten: Die Welt befindet sich im Umbruch, die Veränderungen erzeugen Ängste. Die Menschen streben nach mehr Übersichtlichkeit und Sicherheit. Damit wachsen die Herausforderungen für die liberalen Demokratien. Können sie die Gefahren auffangen - und wenn ja, wie? Über diese Fragen diskutieren wir mit Susanne Gervers, Konstantin Kuhle MdB, Marcel Tyrell und Ralf Fücks.

17.01. - 19.01.

**Theodor-Heuss-Akademie,
Gummersbach**

Grundlagen des Liberalismus

Theorie und Praxis: Das Grundlagenseminar verschafft einen Überblick über die Idee des Liberalismus und dessen politische Relevanz. Grundwerte des Liberalismus werden vorgestellt und diskutiert. Die wechselvolle Geschichte des (deutschen) Liberalismus wird ebenso in den Blick genommen wie die Herausforderungen der Gegenwart.

Politische Bildung

Herrschaft des Volkes: Die Demokratie gewährt uns seit Jahrzehnten Frieden und Wohlstand. Zunehmend bedrohen jedoch Politikverdrossenheit, Populismus und Extremismus unsere liberale Demokratie. Oft wird mangelndes Demokratieverständnis als Ursache dafür ausgemacht. Wir diskutieren auf einem mehrtägigen Seminar, inwieweit politische Bildung dem entgegenwirken kann.



Zur Anmeldung
und zu weiteren
Terminen:
shop.freiheit.org



**05.02. -
03.03.**
Hannover

Deine Anne

Buch mit Geschichte: Das Tagebuch des jüdischen Mädchens Anne Frank (1929-1945) ist Symbol für den Völkermord an den Juden und intimes Dokument der Lebenswelt der jungen Schriftstellerin. Aus Anlass des 75. Todestages von Anne Frank zeigen wir die Wanderausstellung „Deine Anne“ in der Villa Seligmann in Hannover. Die Besonderheit: Schüler führen Schüler durch die Ausstellung.

28.01.

Tübingen, 19:15 - 20:45 Uhr

Das Ende der Ära Trump?

„Niemand steht über dem Gesetz“: Mit diesen Worten verkündete Nancy Pelosi, dass die US-Demokraten eine Untersuchung für ein Amtsenthebungsverfahren gegen Donald Trump einleiten. Obwohl das Ergebnis ungewiss ist, steht der Präsident unter Druck. Welche Auswirkungen die aktuellen politischen Ereignisse auf das mögliche Amtsenthebungsverfahren haben, darüber diskutieren wir mit Tyson Barker vom Aspen Institute Germany.

17.02. - 20.02.

Hannover

Auf sie mit Gebrüll!

Pöblern und Populisten Parolieren: Autor Hasnain Kazim gibt uns bei einer Lesung Argumente an die Hand, um dumpfem Hass und platten Parolen Einhalt zu gebieten. Eine dringend benötigte Anleitung für all die Diskussionen, denen wir sonst lieber aus dem Weg gehen.

18.02.

Fulda, 19:00 - 21:00 Uhr

Menschenrechte unter Druck

Unternehmen und Menschenrechte: In zahlreichen Ländern werden Menschenrechte stark bedroht oder gänzlich missachtet. Der Grundkonsens von Freiheit und Menschenrechten hat keine Konjunktur. Neben Regierungen und der Zivilgesellschaft sind auch Unternehmen in der Pflicht, sich für die Stärkung der Menschenrechte einzusetzen. Wie weit reicht die unternehmerische Verantwortung? Über welche Handlungsspielräume verfügen sie? Darüber diskutieren wir mit renommierten Experten aus Politik und Wirtschaft.



24.03.

**Frankfurt am Main,
19:00 - 21:00 Uhr**

Integration: Protokoll des Scheiterns?

Wie Integration gelingt: Hamed Abdel-Samad ist eine der kritischen Stimmen in der hiesigen Integrationsdebatte. In seinem Vortrag erörtert er Probleme, die eine mangelhafte Eingliederung muslimischer Menschen nach sich ziehen kann: von der Entstehung von Parallelgesellschaften bis hin zur Radikalisierung. Was muss sich ändern, damit die Integration nicht scheitert?

25.03.

Bingen am Rhein, 18:30 - 20:00 Uhr

Machtverschiebung

Politik an Rhein und Spree: Der langjährige F.A.Z.-Hauptstadtbüro-Leiter Günter Bannas beobachtete Regierungen und Parlament in Bonn und Berlin. Werfen Sie mit ihm einen Blick hinter die Kulissen der Bonner und Berliner Republik.

Liberal – Das Magazin für die Freiheit

Begründet von Karl-Hermann Flach
und Hans Wolfgang Rubin

Herausgeber: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Herausgegeben von Karl-Heinz Paqué,
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Manfred Richter,
Bettina Stark-Watzinger, Michael Link

Beirat: Bernd Klaus Buchholz, Karl-Ulrich Kuhlo,
Helmut Markwort

Chefredaktion: Anders Mertzluft

Textchefin: Karen Horn

Chef vom Dienst: Jordi Razum

Creative Director: Florian Baumann

Redaktion: Florian Baumann, Antonia Eser-Ruperti,
Karen Horn, Jordi Razum, Thomas Volkmann, Annett Witte

Autoren dieser Ausgabe: Timo Bremer, Kira Brück,
Constantin Eckner, Julius Freytag, Jürgen Frölich,
Wolfgang Gerhardt, Peter Hein, Michael Hirz,
Adéla Klečková, André Lehmann, Sabine Leutheusser-
Schnarrenberger, Michaela Lissowsky, Tilman Mayer,
Daniela Oberstein, Karl-Heinz Paqué, Thomas Roser,
Ria Schröder, Thomas Straubhaar, Martin Thoma

Adresse: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit,
Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin,
Telefon 030/22 01 26 34, Fax: 030/28 87 78 49
redaktion@libmag.de, www.libmag.de

Design und Umsetzung:

Einhorn Solutions GmbH, Anja Horn

Art Direktion: Ariane Busch

Bildredaktion: Virginia Garfunkel

Projektmanagement: Franziska Kaminski

Litho: Sebastian Schwetz, Björn Andresen

Druck & Verlag:

Hofman Druck, Emmericher Str. 10, 90411 Nürnberg

Anzeigen: Informationen zum Anzeigenverkauf unter
www.freiheit.org/liberal-anzeigen

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt
die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Bezugsbedingungen: Abonnement bis auf Widerruf kosten-
frei; Preis des Einzelheftes 2,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50
Euro Porto und Verpackung). Näheres über abo@libmag.de

Liberal im kostenlosen Abonnement:

www.freiheit.org/liberal



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.





10 Fragen an Gyde Jensen

Seit Marcel Proust sind Fragebögen das beste Mittel, um Persönlichkeiten in aller Kürze kennenzulernen.

Liberal bittet an dieser Stelle zum schnellen Kreuzverhör.

GYDE JENSEN ist FDP-Bundestagsabgeordnete aus Schleswig-Holstein und Ausschussvorsitzende für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Sie ist Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der Ostseeparlamentarierkonferenz. Nach ihrem Studium der Anglistik und Internationalen Politik mit Auslandsaufenthalten in Washington D.C. und Genf arbeitete die Schleswig-Holsteinerin von 2015 bis 2017 als Kommunikationsreferentin für die Friedrich-Naumann-Stiftung. Jensen ist seit 2010 Mitglied der FDP und der Jungen Liberalen und engagiert sich hier auf Kreis- und Landesebene.

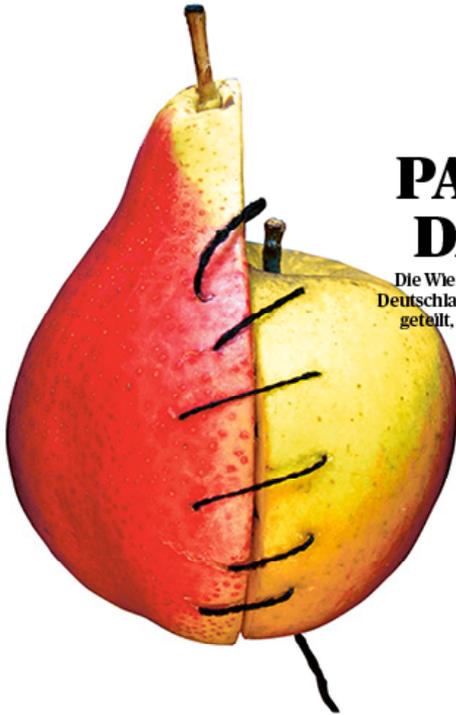
- 1. Wo trifft man Sie besonders häufig an?**
In Schleswig-Holstein rund um die Kieler Förde und die Eckernförder Bucht.
- 2. Welches Buch oder welcher Kinofilm hat Sie zuletzt begeistert?** Der Kinofilm über den Kampf von Ruth Bader Ginsburg für die Gleichberechtigung von Mann und Frau, „On the basis of sex“ (deutsche Version „Die Berufung“), hat mich sehr inspiriert. Außerdem habe ich im Sommerurlaub ein altes Buch wiedergefunden und nochmal gelesen: „Tausend strahlende Sonnen“ von Khaled Hosseini.
- 3. Die momentan spannendste Initiative?**
Unsere Idee eines individuellen Sanktionsmechanismus für Verantwortliche von Menschenrechtsverletzungen.
- 4. Die Digitalisierung wird ...**
unser Leben nachhaltig positiv verändern und von der Großen Koalition auf die zu leichte Schulter genommen.
- 5. Wenn Sie für einen Tag Bundeskanzlerin wären, dann ...**
würde ich zu Gesprächen nach Peking reisen und dann weiter nach Hongkong, um mit friedlich protestierenden Demonstranten zu sprechen.
- 6. Wer hat Sie am meisten geprägt?**
Meine Eltern.
- 7. Was steht auf Ihrer To-do-Liste, das Sie aber nie schaffen umzusetzen?** Ein Aufbaukurs Französisch und ein versprochenes Kitesurfing-Training.
- 8. Europa ist für mich ...** Freiheit in all seinen Facetten, wirtschaftlicher Wohlstand, die Verantwortung für Menschenrechte und die größte zivilisatorische Errungenschaft unserer Zeit.
- 9. Was gibt Ihnen das Gefühl, dass Sie gerade das tun, was Sie im Leben tun sollten?** Die zahlreichen freundlichen Rückmeldungen von Bürgerinnen und Bürgern.
- 10. Wann vergessen Sie die Zeit?** Auf dem Wasser, in den Bergen und am Schreibtisch.

Liberal

Das Magazin für die Freiheit

01.2020

www.freiheit.org
2,90 Euro



PASST DAS?

Die Wiedervereinigung Deutschlands hat uns mehr geteilt, als uns lieb ist.

Thomas Fischer
Strafen und Populismus

INTERVIEW / 26



Zukunft Mobilität
Smart City Kopenhagen

PORTRÄT / 36

Klimaschutz
Innovationen statt Verbote

ANALYSE / 39

Freiheit gibt es nicht umsonst. Aber kostenlos.

Liberal bittet Freigeister um ihre Meinung.

Liberal ist laut Leserpost ein „intelligentes und mit spitzer Feder geschriebenes, exquisites Magazin“.

Liberal wird herausgegeben von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.



Kostenfrei abonnieren. Liberal erscheint 4x im Jahr – auch als kostenfreies Digital-Magazin.

Ich hätte gern ein **Gratis-Abo** (inkl. Porto und Versand)

Ich bin damit einverstanden, dass die Daten elektronisch gespeichert werden, um von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit auf weitere Aktivitäten aufmerksam gemacht und über ihre Arbeit informiert zu werden. Wenn diese Mitteilungen nicht mehr gewünscht sind, wird die Stiftung dies nach entsprechender Mitteilung beachten (§ 28, Abs. 4 BDSG)

Vorname Name _____
Straße Nr. _____
PLZ Ort _____
Telefon _____
E-Mail _____

Bestellung an: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit • Liberal-AboService
Postfach 11 64 • 53729 Sankt Augustin
per Fax: 030/69 08 81 02 | per E-Mail: service@freiheit.org



Online unter
freiheit.org/liberal